



Sparkasse
Paderborn-Detmold

Geschäftsbericht 2016

Lagebericht 2016

A. Grundlagen der Sparkasse

Die Sparkasse Paderborn-Detmold ist gemäß § 1 Sparkassengesetz (SpkG) eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Berlin und Bonn, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Lemgo unter der Nummer A 3406 und beim Amtsgericht Paderborn unter der Nummer A 2232 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband der Kreise Lippe und Paderborn und der Städte Barntrup, Detmold, Horn-Bad Meinberg, Lage, Marsberg und Paderborn. Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Detmold und Paderborn und ist ebenfalls Mitglied des SVWL. Satzungsgebiet der Sparkasse sind das Gebiet des Trägers, die an den Kreis Paderborn angrenzenden Kreise, die an den Kreis Lippe angrenzenden Amtsgerichtsbezirke sowie die Amtsgerichtsbezirke Bad Arolsen und Korbach. Die Sparkasse ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe, der aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen besteht.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt. Es besteht nun aus einer freiwilligen Institutssicherung und einer gesetzlichen Einlagensicherung.

Die Sparkasse ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen. Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement der Sparkasse zu nennen. Im Rahmen der Geschäftsstrategie sind die Grundsätze unserer geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet. Die übergeordneten Ziele werden im Lagebericht im Folgenden dargestellt. Durch die zielorientierte Bearbeitung der strategischen Geschäftsfelder soll die Aufgabenerfüllung der Sparkasse über die Ausschöpfung von Ertragspotenzialen sowie Kostensenkungen sichergestellt werden. Darüber hinaus hat der Vorstand die Risikostrategien überprüft und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Die Strategien wurden mit dem Verwaltungsrat der Sparkasse erörtert und innerhalb des Hauses kommuniziert.

B. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2016

Wirtschaftsentwicklung

Die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten zum Jahresbeginn 2016 und das unerwartete Austrittsvotum Großbritanniens aus der Europäischen Union haben das Expansionstempo der Weltwirtschaft nicht nachhaltig beeinträchtigt. Sie befindet sich weiterhin in einer moderaten Wachstumsphase. In den Vereinigten Staaten haben die Geldpolitik und die Aufhellung der Arbeitsmarktlage zwar die Konjunktur gestützt, doch ist die Unsicherheit über die Aussichten in den USA und weltweit seit der US-Wahl gestiegen. Die Lage in den Schwellenländern stabilisierte sich, was insbesondere auf die Festigung der Konjunktur in China zurückzuführen war. Die Ölpreise zogen nach der OPEC-Vereinbarung vom 30. November an, und die Auswirkungen früherer Ölpreistrübkänge auf die globale Gesamtinflation lassen langsam nach.

Im Euro-Raum hat sich die konjunkturelle Erholung fortgesetzt. Seit mittlerweile drei Jahren steigt die gesamtwirtschaftliche Produktion kontinuierlich an. Ein wesentlicher Teil des Wachstums ist auf die expansive Geldpolitik zurückzuführen.

In Deutschland war die konjunkturelle Lage durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2016 um 1,9 % höher als im Vorjahr. In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP in einer ähnlichen Größenordnung gewachsen: 2015 um 1,7 % und 2014 um 1,6 %. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung der deutschen Wirtschaft war die inländische Verwendung: Die privaten Konsumausgaben waren preisbereinigt um 2,0 % höher als ein Jahr zuvor. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen mit + 4,2 % sogar noch deutlich stärker. Dieser kräftige Anstieg ist unter anderem auf die hohe Zuwanderung von Schutzsuchenden und die daraus resultierenden Kosten zurückzuführen.

Auch die Investitionen trugen ihren Teil dazu bei: Die preisbereinigten Bauinvestitionen stiegen im Jahr 2016 kräftig um 3,1 %, was vor allem an höheren Investitionen für Wohnbauten lag. In Ausrüstungen – das sind vor allem Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge – wurde mit + 1,7 % ebenfalls mehr investiert als ein Jahr zuvor. Ebenfalls positiv entwickelte sich der Arbeitsmarkt; die Arbeitslosenquote sank von 6,4 % im Jahr 2015 auf 6,1 % im Jahr 2016 .

Die Konjunktur in Ostwestfalen läuft rund. Insbesondere mit ihrer aktuellen Geschäftslage zeigt sich die Mehrheit der Unternehmen in der Herbstumfrage der Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld sehr zufrieden. 55 Prozent der Betriebe beurteilen ihre Geschäftslage mit „gut“, speziell in der Industrie (60 Prozent) und in einigen Dienstleistungssegmenten wird die derzeitige Lage überdurchschnittlich gut bewertet. Die Erwartungen für die kommenden zwölf Monate haben sich seit dem Frühjahr 2016 wenig verändert und bleiben insgesamt positiv. 30 Prozent der Betriebe gehen von einer Besserung ihrer Geschäftslage aus, 10 Prozent erwarten eine Verschlechterung. Der IHK-Konjunkturklimaindex, der die Einschätzungen der momentanen Lage und die Zukunftserwartungen gleichermaßen berücksichtigt, ist dementsprechend für die gesamte Wirtschaft in Ostwestfalen gestiegen, von 130 auf 135 Punkte. Das Niedrigzinsumfeld sorgt im Kreditgewerbe für überwiegend negative Geschäftserwartungen, was den Indexwert für den gesamten Dienstleistungssektor von 135 auf 123 Punkte sinken lässt. Im Handel sind die Einschätzungen sehr stabil, der Indexwert liegt wie im Frühjahr 2016 bei 130 Punkten. Das gute Konsumklima aus hoher Beschäftigung und niedrigen Zinsen wirkt sich sowohl auf den Handel als auch auf andere Branchen wie die Immobilienwirtschaft, den Baubereich oder die Hersteller langlebigerer Konsumprodukte wie Möbel positiv aus.

Auch die lippische Wirtschaft befindet sich auf Erfolgskurs. In der aktuellen Umfrage der Industrie- und Handelskammer Lippe zu Detmold erreicht der IHK-Konjunkturklimaindex mit 129,8 Punkte einen Spitzenwert seit seiner Einführung im Jahr 1993. Das sind 9,7 Punkte mehr als im Sommer 2016. Deutlich aufgeheitert haben sich auch die Aussichten für die kommenden Monate. Die heimischen Unternehmen blicken über alle Branchen hinweg erwartungsvoll in die Zukunft.

Zinsentwicklung

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat am 10. März 2016 eine Reihe geldpolitischer Maßnahmen beschlossen, damit die Inflationsrate im Euro-Raum wieder schneller steigt. Der Hauptrefinanzierungssatz wurde mit Wirkung zum 16. März von 0,05 % auf 0,00 % herabgesetzt. Der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität sank von zuletzt 0,30 % auf nun 0,25 %. Der bereits negative Zinssatz für die Einlagefazilität wurde erneut von zuletzt -0,30 % auf -0,40 % zurückgenommen. Darüber hinaus wurde beschlossen, das Programm zum Kauf von Staatsanleihen, gedeckten Schuldverschreibungen und forderungsbesicherten Asset-Backed Securities (ABS-Papieren) auszuweiten. Ab April stieg das Kaufvolumen von ursprünglich monatlich 60 Milliarden auf nun 80 Milliarden Euro. Neben den bisher vereinbarten Wertpapieren kaufen die Notenbanken des Eurosystems auch Unternehmensanleihen mit ausreichender Bonitätsbewertung, dem sogenannten "Investment Grade". Weiterhin wurde eine neue Reihe von vier gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG II) ab Juni 2016 beschlossen. Die Lockerungsmaßnahmen haben die Zinsstrukturkurve so weit nach unten verschoben, dass die Langfristzinsen auf Staatsanleihen mit guter Bonität negativ wurden. Ferner sind die Zinsen für Unternehmenskredite deutlich gefallen und die Vermögenspreise stark angestiegen.

2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2016

Neben dem gesamtwirtschaftlichen Umfeld können die rechtlichen Rahmenbedingungen die Geschäftstätigkeit bzw. -entwicklung der Sparkasse Paderborn-Detmold beeinflussen.

Besonders hervorzuheben sind:

CRD IV-Paket - Regelwerk zur Umsetzung von Basel III

Unter der Bezeichnung CRD IV-Paket erfolgt in Europa die Umsetzung von Basel III. Die Richtlinie CRD IV (Capital Requirements Directive IV), die Verordnung CRR (Capital Requirements Regulation) sowie das CRD IV-Umsetzungsgesetz sind auf einer Wegstrecke bis zum Jahr 2019 in Stufen umzusetzen. Das Baseler Regelwerk wird in Teilen laufend konkretisiert und ergänzt. Erstmals waren in 2016 ergänzende statistische Meldungen zur Liquiditätssituation und zur Refinanzierung abzugeben. Die Meldungen werden unter dem Titel ALMM - Additional Liquidity Monitoring Metrics - zusammengefasst.

Supervisory Review and Evaluation Process – SREP

Die Bankenrichtlinie CRD IV sieht die Durchführung eines Überprüfungs- und Überwachungsprozesses (SREP) durch die zuständigen Aufsichtsbehörden vor. Die Europäische Bankenaufsicht (EBA) hat entsprechende Guidelines für diesen Prozess veröffentlicht, die ab 2016 zur Anwendung kommen. Wesentliches Element des SREP ist die Ermittlung von Kapitalanforderungen über Zuschläge.

EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie

Das Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilien-Kreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften wurde im Februar 2016 durch den Bundestag beschlossen und durch den Bundesrat genehmigt. Das Gesetz trat zum 21.03.2016 in Kraft und dehnt den Verbraucherschutz aus.

AEOI (Automatic Exchange of Information) und FATCA (Foreign Account Tax Compliance Act)

Der internationale Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden (AEOI) wie auch die Ausweitung der US-Quellensteuerbestimmungen (FATCA) werden in der Sparkasse Paderborn-Detmold in Projektstrukturen bearbeitet.

Zahlungskontengesetz (ZKG)

Mit dem Zahlungskontengesetz wurde zum Stichtag 19.06.2016 die europäische Zahlungskontenrichtlinie in deutsches Recht umgesetzt. Gemäß des ZKG hat nun jeder Verbraucher, der sich rechtmäßig in der Europäischen Union aufhält, Anspruch auf das sogenannte Basiskonto. Ergänzend traten zum 18.09.2016 Regelungen zum vereinfachten Kontowechsel (Kontowechselhilfe) in Kraft.

EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO)

Die Datenschutzgrundverordnung ist am 24.05.2016 in Kraft getreten und ist ab dem 25.05.2018 anzuwenden.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

3.1. Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Jahr 2016 um 340,0 Mio. EUR bzw. 5,4 % auf 6.612,5 Mio. EUR. Das aus Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten bestehende Geschäftsvolumen stieg um 347,2 Mio. EUR oder 5,4 % auf 6.733,0 Mio. EUR an. Die Durchschnittsbilanzsumme ist stärker als erwartet gestiegen.

3.2. Kreditgeschäft

Die Forderungen an Kunden stiegen um 97,8 Mio. EUR bzw. 2,1 % auf 4.820,5 Mio. EUR an. Das zu Jahresbeginn prognostizierte Wachstum von 3,1 % konnte damit nicht erreicht werden. Die Darlehenszusagen beliefen sich im Jahr 2016 auf insgesamt 854,2 Mio. EUR (minus 90,6 Mio. EUR oder 9,6 % gegenüber dem Vorjahr). Hiervon entfielen 360,7 Mio. EUR auf die Finanzierung des Wohnungsbaus; das entspricht einem Rückgang um 1,3 %. Der Strukturanteil der Kundenforderungen an der Stichtagsbilanzsumme verminderte sich auf 72,9 % (Vorjahr 75,3 %). Im Rahmen der Planung wurde von einem leichten Anstieg ausgegangen.

Bei Privatpersonen stiegen infolge der weiterhin anhaltenden Nachfrage nach langfristigen Darlehen die Forderungen um 12,2 Mio. EUR oder 0,6 % auf 2.191,5 Mio. EUR. Das zugesagte Kreditvolumen an private Haushalte verminderte sich um 6,8 % auf 390,0 Mio. EUR.

Im Kreditgeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen erhöhten sich die Kreditbestände infolge der anhaltenden Investitionsbereitschaft um 30,6 Mio. EUR oder 1,9 % auf 1.644,2 Mio. EUR. Die Darlehenszusagen nahmen gegenüber dem Vorjahr um 13,5 % auf 434,7 Mio. EUR ab.

3.3. Wertpapiereigenanlagen

Zum Bilanzstichtag verminderte sich der Bestand an Wertpapiereigenanlagen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 24,6 Mio. EUR auf 1.004,4 Mio. EUR.

Hierbei war insbesondere der Rückgang der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere in Höhe von 17,1 Mio. EUR aufgrund von Fälligkeiten maßgeblich. Die Bestände von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere wurden um 7,5 Mio. EUR abgebaut. Die frei gewordenen Mittel aus Fälligkeiten wurden einerseits im Kundenkreditgeschäft eingesetzt sowie als kurzfristige Geldanlagen bei anderen Kreditinstituten unterhalten.

3.4. Beteiligungen/Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der Sparkasse per 31.12.2016 von 111,2 Mio. EUR (Vorjahr 110,7 Mio. EUR) entfiel mit 101,0 Mio. EUR auf die Beteiligung am SVWL und mit 7,9 Mio. EUR auf die Beteiligung an der Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co.KG.

3.5. Geldanlagen von Kunden

Der bilanzielle Einlagenbestand erhöhte sich in 2016 um 267,2 Mio. EUR oder 5,5 % auf 5.083,6 Mio. EUR. Damit wurde das geplante Wachstum von 1,3 % deutlich übertroffen, da die Kunden verstärkt risikoarme Anlagen bevorzugt haben. Während sich der Bestand an Spareinlagen um 1,3 Mio. EUR verringerte, verzeichneten die Sichteinlagen einen Anstieg von 325,0 Mio. EUR. Die Sparkassenbriefe und andere Namenspapiere sind um 54,4 Mio. EUR zurückgegangen.

3.6. Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich um 264,7 Mio. EUR oder 128,3 % auf 471,1 Mio. EUR. Der Bestand setzt sich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven, kurzfristigen Geldanlagen und Schuldscheinforderungen zusammen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (einschließlich Treuhandverbindlichkeiten) stiegen um 32,5 Mio. EUR auf 767,2 Mio. EUR. Bei diesen Beständen handelt es sich im Wesentlichen um langfristige Weiterleitungsdarlehen.

3.7. Dienstleistungsgeschäft

Das Wertpapiergeschäft wurde im Jahr 2016 maßgeblich von der Entwicklung der Kapital- und Aktienmärkte geprägt. Der Absatzschwerpunkt lag im Bereich der Investmentfonds. Aktien bzw. aktienorientierte Anlagen waren weiterhin beliebt. Der geplante Nettoabsatz in Höhe von 75,0 Mio. EUR wurde mit einem Wert von minus 21,0 Mio. EUR deutlich verfehlt. Grund hierfür sind Anleihefälligkeiten in Höhe von 58,5 Mio. EUR, die angesichts des niedrigen Zinsniveaus nur teilweise in Wertpapiere wieder angelegt wurden. Insgesamt belief sich der Nettoabsatz bei Anleihen auf minus 39,1 Mio. EUR. Hingegen waren die Nettoabsätze bei Investmentfonds mit plus 13,2 Mio. und bei Aktien mit plus 4,9 Mio. EUR positiv.

Die von Kunden unterhaltenen Wertpapierbestände sind im Berichtsjahr um 24,7 Mio. EUR oder 1,9 % gesunken.

Im Jahr 2016 wurden insgesamt 3.431 Bausparverträge mit einem Vertragsvolumen von 167,0 Mio. EUR abgeschlossen (Vorjahr 3.793 Verträge mit einem Volumen von 167,0 Mio. EUR).

Im Bereich der Lebensversicherungen belief sich das Vermittlungsvolumen im Jahr 2016 auf 95,7 Mio. EUR (Vorjahr 83,7 Mio. EUR). Der Schwerpunkt lag auf dem Verkauf von Versicherungen gegen laufenden Beitrag. Das Volumen der vermittelten Sachversicherungen belief sich im Berichtsjahr auf 1,4 Mio. EUR und lag damit auf Vorjahresniveau (1,3 Mio. EUR).

Das Volumen der Immobilienvermittlungen betrug 55,8 Mio. EUR und konnte damit gegenüber dem Vorjahr (48,1 Mio. EUR) gesteigert werden.

Das Dienstleistungsgeschäft entwickelte sich insgesamt im Rahmen der Erwartungen.

3.8. Investitionen

Im Jahr 2016 wurden Investitionen im Bereich des Anlagevermögens zur weiteren Verbesserung unseres Beratungs- und Serviceangebotes in Höhe von insgesamt 6,3 Mio. EUR getätigt. Die größte Einzelinvestition entfällt mit 5,5 Mio. EUR auf den Umbau der Filiale Hathumarstraße zum Beratungs-Center. Die Eröffnung erfolgte im Dezember 2016.

3.9. Personalbericht

Im Jahr 2016 beschäftigte die Sparkasse im Jahresdurchschnitt einschließlich der Aushilfen 1.372 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 1.396), davon 404 Teilzeitkräfte und 131 Auszubildende.

Die Sparkasse hat die Ausbildungsquote zum 31.12.2016 gegenüber 2015 gesenkt, sie liegt mit 14% aber weiterhin auf einem hohem Niveau und garantiert damit auch in den kommenden Jahren gut qualifizierte Nachwuchskräfte. Die Verantwortung als wichtiger Ausbildungsbetrieb in der Region nimmt die Sparkasse auch weiterhin in besonderem Maße wahr.

Auch im Jahr 2016 war es Ziel der Sparkasse, das bestehende hohe Qualifikationsniveau in allen Unternehmensbereichen zu sichern und weiter auszubauen.

Eine Vielzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schloss im Rahmen der Aufstiegsfortbildung diverse praxisorientierte Weiterbildungsmaßnahmen der Sparkassenorganisation erfolgreich ab. Daneben lag der erneute Schwerpunkt bei den zahlreichen Schulungen und Trainings in der Stärkung der Beratungs- und Betreuungskompetenz. Der Megatrend Digitalisierung führte zu einem weiteren Qualifizierungsschwerpunkt. An den Schulungen zu den Themenfeldern „Digitale Trends“, „Digitale Medien“ und „Digitale Anwendungen“ konnten insgesamt mehr als 2000 Teilnahmen verzeichnet werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich über die zukunftssträchtigen Entwicklungen aktuell informiert und weitergebildet.

Die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten mit flexiblen Arbeitszeiten wurde im Jahr 2016 weiterhin erhöht. Daneben wurden den Mitarbeitern weitere strukturierte Angebote zur Flexibilisierung der Arbeitszeit unterbreitet.

Das im Jahr 2015 gestartete Projekt Flexibilisierung des Arbeitsortes wurde in 2016 durch eine Pilotphase mit insgesamt 44 Teilnehmern fortgeführt. Die Pilotphase endet in 2017, aktuell wird über das dauerhafte Vorgehen im Gesamthaus beraten. Damit werden sowohl das Ziel einer guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf als auch das Ziel der Kostensenkung unterstützt.

Die Angebote zur Gesundheitsförderung wurden im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements im Jahr 2016 fortgeführt und von einer Vielzahl an Mitarbeitern / -innen genutzt.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

4.1. Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung eines Teils des Bilanzgewinns 2015. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2016 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 406,3 Mio. EUR (Vorjahr 396,1 Mio. EUR) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB um 28,2 Mio. EUR auf 261,3 Mio. EUR erhöht. Hierin enthalten ist eine zusätzliche Vorsorge zur Absicherung des Risikos, das die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer der "Ersten Abwicklungsanstalt" von 25 Jahren trägt.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken) übertrifft am 31.12.2016 mit 17,85 % den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % gemäß CRR zuzüglich des Kapitalerhaltungspuffers und des Kapitalzuschlags für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch gemäß der Allgemeinverfügung der BaFin und somit den als Mindestgröße festgelegten Zielwert von 9,90 % deutlich. Die Kernkapitalquote beträgt 14,90 %, die Leverage Ratio 8,27 %. Die Sparkasse weist damit eine gute Kapitalbasis auf.

4.2. Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennziffer der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurde stets eingehalten. Im Berichtsjahr lag die Liquiditätskennziffer (31.12.2016: 2,51) durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,25. Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) nach EU-VO Nr. 61/2015 weist einen Wert von 184 % aus. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Die Kredit- und Dispositionslinien der Helaba wurden nicht in Anspruch genommen. Ein Spitzenausgleich erfolgte durch Tagesgeldanlagen sowohl bei der Helaba als auch bei anderen Kreditinstituten. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde in 2016 nicht genutzt.

4.3. Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	2016	2015	Veränderung	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Zinsüberschuss	142,6	136,9	5,7	4,2
Provisionsüberschuss	46,6	44,6	2,0	4,5
Nettoergebnis des Handelsbestands	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	4,4	7,2	-2,8	-38,9
Personalaufwand	81,0	83,2	-2,2	-2,6
Anderer Verwaltungsaufwand	32,3	33,5	-1,2	-3,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	10,2	10,0	0,2	2,0
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	70,1	62,0	8,1	13,1
Aufwand bzw. Ertrag aus Bewertung und Risikovorsorge	+1,1	+4,2	-3,1	-73,8
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	28,2	26,2	2,0	7,6
Ergebnis vor Steuern	43,0	40,0	3,0	7,5
Steueraufwand	24,7	21,8	2,9	13,3
Jahresüberschuss	18,3	18,2	0,1	0,5

Zinsüberschuss:	GuV-Posten Nr. 1 bis 4
Provisionsüberschuss:	GuV-Posten Nr. 5 und 6
Sonstige betriebliche Erträge:	GuV-Posten Nr. 8 und 20
Sonstige betriebliche Aufwendungen:	GuV-Posten Nr. 11, 12, 17 und 21
Aufwand bzw. Ertrag aus Bewertung und Risikovorsorge:	GuV-Posten Nr. 13 bis 16

Die negativen Zinsen haben das Zinsergebnis nur unwesentlich mit 0,5 Mio. EUR belastet.

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Auf dieser Basis beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung 1,11 % (Vorjahr 1,18 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme des Jahres 2016; es lag damit deutlich über dem Planwert von 1,01 %. Im Vergleich mit den Sparkassen im SVWL wird ein überdurchschnittlicher Wert erzielt. Dies gilt auch für die auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung eingesetzte Zielgröße Cost-Income-Ratio (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen). Im Jahr 2016 veränderte sich diese Kennzahl von 60,2 % auf 61,0 %. Das Unternehmensziel für 2016 von 64,5 % konnte damit unterschritten werden. Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2016 0,3 % (Vorjahr 0,3 %).

Im Geschäftsjahr verminderte sich der Zinsüberschuss um 4,1 % auf 140,5 Mio. EUR und damit nicht so stark wie zunächst erwartet. Durch die unverändert flache Zinsstrukturkurve ging der Fristentransformationsbeitrag weiter zurück. Belastungen bestanden aus dem anhaltenden Wettbewerb im Einlagengeschäft.

Der Provisionsüberschuss lag mit 46,8 Mio. EUR über dem Planwert von 45,9 Mio. EUR. Dies bedeutet insbesondere aufgrund höherer Erträge aus dem Giroverkehr gegenüber dem Vorjahreswert eine Steigerung von 5,2 %.

Des Weiteren ist der Personalaufwand gestiegen. Die Personalaufwendungen erhöhten sich insbesondere infolge der Belastung aus der Tarifierhöhung für 2016 auf 78,2 Mio. EUR.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen verminderten sich um 4,0 % auf 37,0 Mio. EUR. In der Planung war hier noch von einem Anstieg ausgegangen worden.

Vor dem Hintergrund des intensiven Wettbewerbs und der ertrags- und risikoorientierten Wachstumpolitik des Instituts ist die Sparkasse Paderborn-Detmold mit dem Geschäftsverlauf im Jahr 2016 zufrieden. Unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen - historische Niedrigzinsphase - ist die Geschäftsentwicklung von hoher Stabilität und einer soliden Ertragslage geprägt.

C. Nachtragsbericht

Die Nachtragsberichterstattung erfolgt gemäß § 285 Nr. 33 HGB im Anhang.

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Ziele und Strategien des Risikomanagements

Risiken werden eingegangen, wenn Chancen und Risiken in einem angemessenen Verhältnis stehen. Dies geschieht nach geschäftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse. Zur Risikosteuerung besteht ein umfassendes Risikomanagementsystem. Der Vorstand hat in der Dachrisikostrategie und den Teilrisikostrategien die Rahmengrundsätze des Risikomanagements und die risikopolitische Ausrichtung der Sparkasse im Rahmen eines festgelegten Strategieprozesses überprüft und den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. Für die bedeutendsten Risikokategorien der Sparkasse, Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken und Liquiditätsrisiko, wurden die Teilrisikostrategien aktualisiert. Alle Geschäftsbereiche verfolgen die Zielsetzung, bei den eingegangenen Risiken die Wahrscheinlichkeit der Realisation eines Vermögensverlustes zu minimieren. Dies wird durch frühzeitiges Erkennen von Gefahrensituationen und rechtzeitige Gegenmaßnahmen sichergestellt. Das Risikomanagementsystem wird laufend weiterentwickelt.

Aus dem Risikodeckungspotenzial wird ein Risikotragfähigkeitslimit (RTF-Limit) zur Abdeckung der potenziellen Risiken bereitgestellt. Die eingegangenen Einzelrisiken werden im Rahmen einer GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung dem RTF-Limit gegenübergestellt und eine Auslastungsquote ermittelt. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe des RTF-Limits limitiert und wird ebenso wie das Risikodeckungspotenzial laufend überprüft. Darüber hinaus werden aus dem RTF-Limit Einzellimite für einzelne Risikoarten in der Risikotragfähigkeit abgeleitet. Daneben existieren für einzelne Risiken ergänzende Risiko- und Volumenlimite. Der Risikoausschuss der Sparkasse nimmt die Entwicklung der Risikolage regelmäßig zur Kenntnis.

Gemäß den Anforderungen der MaRisk wird das Risikotragfähigkeitskonzept um einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess ergänzt. Damit ist die frühzeitige Identifikation eines zusätzlichen Kapitalbedarfs (im Sinne des Risikodeckungspotenzials) möglich, der sich über den Risikobetrachtungshorizont hinaus zur Deckung künftiger Risiken ergeben könnte. Die frühzeitige Einleitung eventuell erforderlicher Maßnahmen wäre damit möglich. Beim Kapitalplanungsprozess handelt es sich nicht um eine erweiterte Risikotragfähigkeitsbetrachtung im engeren Sinne.

2. Risikomanagementsystem

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken hat der Vorstand ein Risikomanagement- und -überwachungssystem eingerichtet. Das vorrangige Ziel des Risikomanagementprozesses besteht darin, mögliche Risiken transparent und damit steuerbar zu machen. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen sowie die notwendigen Kontrollprozesse. Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a Abs. 1 KWG und dient dem Vorstand, Verwaltungsrat sowie dem Risikoausschuss zur Überwachung der Risiken aus der geschäftlichen Tätigkeit der Sparkasse.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist die in den MaRisk geforderte Funktionstrennung bis in die Ebene des Vorstands zwischen Handel/Markt einerseits und Abwicklung, Kontrolle und Risikocontrolling/Marktfolge andererseits festgelegt. Risikobehaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern deren Risikogehalt von allen damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist im Rahmen einer Testphase das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten und sind die für die Abwicklung notwendigen Prozesse festzulegen. Die Interne Revision prüft in regelmäßigen Abständen das Risikomanagementsystem. Zielsetzung der Prüfungen ist insbesondere die ordnungsgemäße Handhabung der festgelegten Regelungen sowie die Feststellung von Schwachstellen im Risikomanagementsystem und die Überwachung der Umsetzung notwendiger Anpassungen.

Gemäß den MaRisk hat jedes Institut über eine Risikocontrolling-Funktion zu verfügen, die für die unabhängige Überwachung und Kommunikation der Risiken zuständig ist. Der Vorstand der Sparkasse Paderborn-Detmold hat die Risikocontrolling-Funktion dem Bereichsleiter Controlling und Finanzen übertragen. Der Risikocontrolling-Funktion wurden die in den MaRisk geforderten Befugnisse eingeräumt. Sie hat in der Sparkasse Paderborn-Detmold insbesondere folgende Aufgaben:

- Unterstützung des Vorstandes in allen risikopolitischen Fragen, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Risikostrategie sowie bei der Ausgestaltung eines Systems zur Begrenzung der Risiken
- Durchführung der Risikoinventur und Erstellung des Gesamtrisikoprofils
- Unterstützung des Vorstandes bei der Einrichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse
- Einrichtung und Weiterentwicklung eines Systems von Risikokennzahlen und eines Risikofrüherkennungsverfahrens
- Laufende Überwachung der Risikosituation des Instituts und der Risikotragfähigkeit sowie der Einhaltung der eingerichteten Risikolimiten
- Regelmäßige Erstellung der Risikoberichte für die Geschäftsleitung
- Überwachung und Weiterentwicklung der Prozesse zur unverzüglichen Weitergabe von unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen an die Geschäftsleitung, an das Risikocontrolling, die jeweiligen Verantwortlichen und gegebenenfalls die Interne Revision

Der Vorsitzende des Risikoausschusses kann unmittelbar beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Der Leiter des Risikocontrollings muss den Vorstand hierüber unterrichten.

In der Sparkasse Paderborn-Detmold ist eine Compliance-Funktion eingerichtet, deren Aufgaben von den Mitarbeitern des Bereiches Vorstandsstab wahrgenommen werden. Der Leiter ist als Compliance-Bbeauftragter unmittelbar dem Vorstand unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig.

3. Risikomanagementprozess

Aus dem Gesamtsystem hat unser Haus einen Managementprozess zur Erkennung und Bewertung von Risiken (strategische, jährliche Risikoinventur) sowie zur Messung, Steuerung und Kontrolle von Risiken (operative, dauerhafte Tätigkeiten) abgeleitet. Anhand von Risikoindikatoren erfolgen eine systematische Ermittlung der Risiken sowie deren Einordnung in einen Risikokatalog. Die Risikomesung erfolgt für die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken im Rahmen eines periodenorientierten Konzeptes. Dabei werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf das Eigenkapital und das im folgenden Jahresabschluss ermittelte Ergebnis hat. Die Ermittlung der Risiken erfolgt auf den Planungshorizont von jeweils einem Jahr. Als Risiko wird in dieser Sichtweise eine negative Abweichung von den Planwerten verstanden.

Daneben werden die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Relationen als strenge Nebenbedingung regelmäßig ermittelt und überwacht.

Unter Berücksichtigung der laufenden Ergebnisprognose sowie der vorhandenen Reserven wird ein RTF-Limit festgelegt. Auf das RTF-Limit werden alle wesentlichen Risiken der Sparkasse angerechnet. Mit Hilfe der handelsrechtlichen Betrachtung wird gewährleistet, dass die Auslastung des RTF-Limits jederzeit sowohl aus dem handelsrechtlichen Ergebnis als auch aus vorhandenem Vermögen der Sparkasse getragen werden kann. Die Sparkasse führt ab Mitte des Jahres darüber hinaus auch eine Risikotragfähigkeitsrechnung für das Folgejahr durch. Die zur Steuerung bzw. Verringerung von Risiken einzusetzenden Instrumente sind vom Vorstand festgelegt worden. Die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse sind umfassend in Arbeitsanweisungen beschrieben. Die durchgeführten Maßnahmen zur Steuerung bzw. Verringerung der Risiken werden regelmäßig überprüft. Verbesserungsmöglichkeiten fließen in den Risikomanagementprozess ein.

Die Interne Revision gewährleistet die unabhängige Prüfung und Beurteilung sämtlicher Aktivitäten und Prozesse der Sparkasse sowie von ihr ausgelagerten Bereichen. Sie achtet dabei insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements und berichtet unmittelbar dem Vorstand.

Über die eingegangenen Risiken wird dem Gesamtvorstand und dem Verwaltungsrat bzw. dem Risikoausschuss der Sparkasse regelmäßig schriftlich im Rahmen eines vierteljährlichen Risikogesamtberichts und unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben durch die MaRisk berichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ist bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

Der Risikogesamtbericht enthält neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risiko- und Ertragsituation sowie der Limitauslastungen auch Handlungsempfehlungen zur Steuerung und Verringerung der Risiken, über die die Geschäftsleitung entscheidet. Dadurch kann zeitnah die Einhaltung der durch die Risikostrategie vorgegebenen Regelungen überprüft werden. Die Berichterstattung enthält auch die Auswirkungen von Stresseinflüssen auf die Risikosituation der Sparkasse. Dadurch soll die Wirkung von unwahrscheinlichen, aber plausibel möglichen Ereignissen auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse analysiert, transparent und steuerbar gemacht werden. Dabei wird auch das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs analysiert sowie ein inverser Stresstest durchgeführt. Die dargestellten Stresstests berücksichtigen auch Risikokonzentrationen innerhalb (Intra-Risikokonzentrationen) und zwischen einzelnen Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen). Ferner wird über erkannte Risikokonzentrationen berichtet.

Die Berichterstattung über die wesentlichen Risikoarten wird durch eine Vielzahl regelmäßiger Berichte (wöchentlich, monatlich und quartalsweise) zeitnah und umfangreich sichergestellt. Zusätzlich sind Regeln für Ad-hoc-Berichterstattungen bei Eintritt von Risikoereignissen mit wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

4. Aufgabenzuordnung im Rahmen des Risikomanagementsystems

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zentral vom Risikomanager überprüft. Zu seinen Aufgaben gehören die Analyse und Quantifizierung der Risiken, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite und die Risikoberichterstattung. Der Risikomanager ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich. Das Risikomanagementsystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Die folgende Übersicht zeigt die im Risikohandbuch der Sparkasse beschriebenen wesentlichen Risikokategorien:



5. Strukturierte Darstellung der wesentlichen Risikoarten

5.1. Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft

Unter dem Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft verstehen wir die Gefahr, dass ein Kreditnehmer die ihm gewährten Kredite nicht bzw. nur eingeschränkt oder nicht vollständig vertragsgemäß zurückzahlen kann oder will. Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Adressenausfallrisikostategie festgelegt, die jährlich überprüft wird. Im Rahmen dieser Strategie werden Ziele der Risikosteuerung festgelegt, die schwerpunktmäßig Bonitätsbegrenzungen und Strukturvorgaben für das Kreditneugeschäft betreffen. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer. Im risikorelevanten Kreditgeschäft gemäß MaRisk ist ein zweites Kreditvotum durch den vom Markt unabhängigen Marktfolgebereich notwendig.

Das Kreditgeschäft der Sparkasse gliedert sich in zwei große Gruppen: Das Firmenkunden-/ Kommunalkreditgeschäft und das Privatkundenkreditgeschäft.

Kreditgeschäft der Sparkasse	Anteile	
	31.12.2016 in %	31.12.2015 in %
Firmenkundenkredite	34,5	34,6
Privatkundenkredite	42,9	43,5
Weiterleitungsdarlehen	15,0	13,8
Kommunalkredite	5,3	5,9
Aval- und Treuhandkredite	2,3	2,2
Gesamt	100,0	100,0

Die Grenze nach Artikel 395 Absatz 1 CRR (Großkredit-Obergrenze) wurde im gesamten Berichtsjahr 2016 nicht überschritten.

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich auch im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Den Schwerpunktbereich bilden die Ausleihungen an sonstige Dienstleistungsunternehmen mit einem Anteil von 6,7 % sowie an Unternehmen des Grundstücks- und Wohnungswesens mit einem Anteil von 6,9 %. Bemerkenswerte Risikokonzentrationen in Branchen sind nicht erkennbar.

Die folgende Darstellung enthält den Gesamtbetrag der Forderungen zum Offenlegungstichtag, aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Forderungsarten und verteilt auf geografische Hauptgebiete, Hauptbranchen und vertragliche Restlaufzeiten. Die bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte werden jeweils mit ihren Buchwerten nach Abzug der Risikovorsorge und vor Kreditrisikominderung ausgewiesen. Die Ermittlung der Zahlen wird gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen.

	Kredite, Zusagen und andere nicht derivative au- ßerbilanzielle Aktiva	Wertpapiere	Derivate
	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamtbetrag der Forderungen	7.318.445,6	977.547,7	7.894,6
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten			
Deutschland	7.247.705,3	714.121,4	7.889,8
EU	25.716,3	263.422,8	0,8
Sonstige	45.024,0	3,5	4,0
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen			
Banken	892.377,9	447.724,3	7.277,4
Investmentfonds	0,0	265.457,2	0,0
Privatpersonen	3.001.587,9	0,0	35,3
Öffentliche Haushalte*	396.457,8	264.343,7	0,0
Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	2.844.304,4	22,5	581,9
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	93.175,6	0,0	0,0
- Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen Erden	388.845,0	0,0	0,0
- Verarbeitendes Gewerbe	391.320,3	0,0	423,3
- Baugewerbe	243.906,3	0,0	0,0
- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	343.178,5	0,0	93,1
- Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	91.588,8	0,0	42,0
- Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	162.102,5	22,5	0,0
- Grundstücks- und Wohnungswesen	575.784,3	0,0	23,5
- Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	554.402,9	0,0	0,0
Organisationen ohne Erwerbszweck	68.706,2	0,0	0,0
Sonstige	115.011,6	0,0	0,0
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten			
< 1 Jahr	2.394.040,0	83.503,0	1.234,6
1 Jahr bis 5 Jahre	641.959,1	269.606,0	60,0
> 5 Jahre bis unbefristet	4.282.446,4	624.438,7	6.600,0

Zu *) Hierbei handelt es sich um "öffentliche Haushalte" im Sinne der Kundensystematik der Bundesbank. Darunter fallen die Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts, kommunale Zweckverbände, Regie-/Eigenbetriebe, die Sondervermögen des Bundes und die Sozialversicherung. Davon abzugrenzen sind die "Kommunalkredite" (laut Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse"). Zu den Kommunalkrediten zählen neben sämtlichen Krediten an öffentliche Haushalte nach Bundesbankdefinition auch alle Kredite an Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts. In der Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse" sind zusätzlich kommunal verbürgte Kredite enthalten.

Das Länderrisiko, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland ausgelegte Kreditvolumen einschließlich Wertpapiere betrug am 31.12.2016 4,0 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG.

Die Größenklassenstruktur des Kundenkreditgeschäfts weist insgesamt eine breite Streuung auf. 25,4 % des Gesamtkreditvolumens entfallen auf Kreditengagements mit einem Kreditvolumen von 5 Mio. EUR oder mehr. 17,8 % des Gesamtkreditvolumens betreffen Kreditengagements mit einem Kreditvolumen zwischen 0,75 Mio. EUR und unter 5 Mio. EUR. 56,8 % des Gesamtkreditvolumens umfassen Kreditengagements mit einem Kreditvolumen von weniger als 750 TEUR.

Die Adressenausfallrisikostrategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten¹. Dies wird durch die Vorgaben zum Neugeschäft in der Adressenausfallrisikostrategie unterstützt.

Für die Risikoklassifizierung setzen wir die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Mit diesen Verfahren werden die einzelnen Kreditnehmer zur Preisfindung und zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios entsprechend ihren individuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft. Die Abschirmung der Adressenausfallrisiken ist im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitsrechnung durch das zugewiesene Risikolimit sichergestellt.

Zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios werden die gerateten Kreditnehmer einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Das Gesamtrisiko unseres Kreditportfolios wird auf der Grundlage der Risikoklassifizierungsverfahren ermittelt. Den einzelnen Risikoklassen werden jeweils vom DSGV validierte Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Die Verlustverteilung des Kreditportfolios wird in einen "erwarteten Verlust" und einen "unerwarteten Verlust" unterteilt. Der "erwartete Verlust" als statistischer Erwartungswert wird im Rahmen der Kalkulation als Risikoprämie in Abhängigkeit von der ermittelten Ratingstufe und den Sicherheiten berücksichtigt. Der "unerwartete Verlust" (ausgedrückt als Value-at-Risk) spiegelt die möglichen Verluste wider, die unter Berücksichtigung eines Konfidenzniveaus von 99 % innerhalb der nächsten zwölf Monate voraussichtlich nicht überschritten werden. Mit Hilfe dieser Informationen werden auch die Veränderungen des Kreditportfolios analysiert.

Ratingklasse	Volumen in %
1 bis 5	70,0
6 bis 10	22,7
11 bis 18	7,3

Zum 31.12.2016 weisen 70,0 % des Gesamtkreditvolumens im Kundenkreditgeschäft ein Rating aus dem Investmentgradebereich (Ratingnoten 1 bis 5) auf, 22,7 % haben eine Ratingnote zwischen 6 und 10 (gute Bonitäten) und nur 7,3 % von 11 oder schlechter.

Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer, bei deren Engagements sich erhöhte Risiken abzeichnen beginnen, setzen wir das "OSPlus-Frühwarnsystem" ein. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine Früherkennung von Kreditrisiken ermöglichen.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung). Kritische Kreditengagements werden von spezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der Grundlage eines Sanierungs- bzw. Abwicklungskonzeptes betreut (Problemkredite). Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren.

¹ Die Auswertung erfolgt grundsätzlich auf Basis von Wirtschaftsverbänden. Der Wirtschaftsverband geht über den § 19.2 KWG-Verband hinaus und stellt eine Zusammenfassung von wirtschaftlich abhängigen Personen dar. Die Ratingnoten basieren auf der DSGV-Masterskala. Die Note 1 stellt dabei die bestmögliche Note dar. Ab der Note 16 beginnen die Ausfallkategorien.

Die Kreditstruktur und ihre Entwicklung im Jahr 2016 entsprechen der vom Vorstand vorgegebenen neutralen Risikoeinstellung.

Von dem Gesamtbetrag an Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen entfällt der überwiegende Teil auf Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Personen. Die Direktabschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen, Kredite in Verzug (ohne Wertberichtigungsbedarf) und Nettozuführungen/Auflösungen von EWB entfallen nahezu ausschließlich auf im Inland ansässige Privatpersonen und Unternehmen. Der Anteil von Forderungen in Verzug (ohne Wertberichtigungen) außerhalb Deutschlands ist von untergeordneter Bedeutung. Wechselkursbedingte und sonstige Veränderungen lagen zum Berichtsstichtag nicht vor.

Entwicklung der Risikovorsorge:

Art der Risikovorsorge	Anfangsbestand per 01.01.2016	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Endbestand per 31.12.2016
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
EWB	44.929	7.386	10.257	7.380	34.678
Rückstellungen	340	31	157	53	161
PWB	8.058	0	1.598	0	6.460
Gesamt	53.327	7.417	12.012	7.433	41.299

Nach Art. 178 Abs. 1 CRR liegt ein Ausfall eines Schuldners vor, wenn er mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtverbindlichkeiten gegenüber der Sparkasse an mehr als 90 aufeinanderfolgenden Kalendertagen überfällig ist oder die Sparkasse es als unwahrscheinlich ansieht, dass der Schuldner seine Verbindlichkeiten in voller Höhe begleichen wird, ohne dass die Sparkasse auf Maßnahmen wie Verwertung von Sicherheiten zurückgreift.

Liegt ein Ausfall vor, wird nicht nur das einzelne Konto, bei dem der Ausfall aufgetreten ist, als Ausfall berücksichtigt, sondern sämtliche Forderungen gegenüber dem Kunden. Kredite, für die Risikovorsorgemaßnahmen (Einzelwertberichtigungen und Teilabschreibungen) getroffen wurden bzw. die sich in Abwicklung befinden, werden als notleidend bezeichnet.

Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio in folgendem Bereich: Bei den Kreditsicherheiten haben wir eine Konzentration im Bereich der Grundschulden bei Objekten im Ausleihbezirk. Bei der Bewertung legen wir vorsichtige Maßstäbe an, sodass sich in Verbindung mit der guten Ortskenntnis nur überschaubare Bewertungsrisiken ergeben.

Diese Konzentration ist systembedingt und damit strategiekonform. Insgesamt ist unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratinggruppen gut diversifiziert.

Die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite ist das Länderrisiko aus dem Kreditgeschäft ohne größere Bedeutung.

5.2. Adressenausfallrisiken der Beteiligungen

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Beteiligungen verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung des Wertes des Beteiligungsunternehmens. Die Adressenausfallrisiken der Beteiligungen werden gesondert untersucht. Zur Überwachung der wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligungsunternehmen werden jährlich die Jahresabschlüsse ausgewertet und beurteilt. Die Risiken aus Beteiligungen beziehen wir in unser Risikomanagement ein.

Aus der Beteiligung am SVWL resultieren Risiken hinsichtlich der weiteren Wertentwicklungen der Beteiligungen des SVWL, die wir in unser Risikomanagement einbeziehen. Zum 31.12.2016 erfolgte infolge des zurückgegangenen Unternehmenswertes einer Beteiligung des SVWL eine Abschreibung. Außerdem haftet die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital des SVWL für unerwartete Risiken aus dem Auslagerungsportfolio „Erste Abwicklungsanstalt“ (EAA), in das strategisch nicht notwendige Vermögenswerte der ehemaligen WestLB AG zwecks Abwicklung übertragen wurden.

Die Erwerbsgesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes als Eigentümerin der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) hat den Wertansatz ihrer Beteiligung an der LBBH bestätigt.

Die Buchwerte der strategischen Beteiligungen betragen 10,2 Mio. EUR, die Buchwerte der Funktionsbeteiligungen 101,0 Mio. EUR und die Buchwerte der Kapitalbeteiligungen 0,1 Mio. EUR.

5.3. Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Zu den Handelsgeschäften zählen wir alle in den MaRisk festgelegten Geschäftsarten.

5.3.1. Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften verstehen wir die Gefahr von Bonitätsverschlechterungen oder dem Ausfall eines Emittenten, Kontrahenten oder eines Referenzschuldners. Für die Limitierung des Adressenausfallrisikos aus Eigenanlagegeschäften setzt die Sparkasse individuelle Emittenten- und Kontrahentenlimite fest. Darüber hinaus existiert ein übergreifendes Limit für die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften und auch für nicht bilanzwirksame Zahlungsansprüche (z. B. derivative Finanzinstrumente). Hierbei werden externe Ratings und die damit verbundenen Ausfallwahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

Die von Kreditinstituten und Unternehmen emittierten Wertpapiere weisen nahezu vollständig ein Rating aus dem Investmentgradebereich auf oder sind nicht geratet. Bei den Wertpapieren ohne Rating handelt es sich ausschließlich um Aktien, da Aktien und Aktienfonds von der Sparkasse Paderborn-Detmold bei der Bemessung der Adressenausfallrisiken nicht berücksichtigt werden, sondern ausschließlich bei der Ermittlung der Marktpreisrisiken. Für die in den Wertpapier-Spezialfonds gehaltenen Anlagen bestehen Anlagerichtlinien, die zum Beispiel das Anlageuniversum sowie die erlaubten Ratingstrukturen definieren. Darüber hinaus wird der Geschäftsumfang durch die vom Vorstand vorgegebene Marktpreisrisikostrategie begrenzt.

Das Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften wird über Limite für einzelne Emittenten bzw. Kontrahenten begrenzt. Das Limitsystem dient u. a. der Steuerung von Konzentrationsrisiken. In der internen Steuerung werden zur Berechnung des Adressenausfallrisikos die historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten aus dem Landesbanken-Rating der Rating Service Unit (RSU) der Sparkassen zugrunde gelegt. Die Parameter eignen sich für Positionen mit einem Moody's, Standard&Poor's (S&P), Fitch bzw. einem Landesbanken-Rating.

Die von der Sparkasse direkt angelegten und die in den Wertpapierspezialfonds gehaltenen Handelsgeschäfte verteilen sich auf folgende Ratingstufen:

Bonität	Fitch	auf Basis Tageswerte	
		31.12.2016 in %	31.12.2015 in %
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	AAA	28,7	24,1
sehr gut bis gut	AA+ - AA-	20,7	29,4
gut bis befriedigend	A+ - A-	35,1	24,2
befriedigend bis ausreichend	BBB+ - BBB-	10,7	15,6
mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	BB+ - BB-	1,5	2,8
mangelhaft, stark anfällig für Zahlungsverzug	B+ - B-	0,0	0,0
Ungenügend, Insolvenz absehbar	CCC - C	0,0	0,5
ohne Rating		3,3	3,5
		100,0	100,0

Zum Jahresende 2016 bestehen Konzentrationen hinsichtlich der Forderungen an Landesbanken. Sie betragen zum Jahresende rund 417 Mio. EUR. Diese Konzentration ergibt sich als Folge der Mitgliedschaft in der Sparkassenorganisation.

Länderrisiko	Länderrating Fitch	auf Basis Tageswerte	
		31.12.2016 in %	31.12.2015 in %
inländische Emittenten		71,0	62,1
ausländische Emittenten			
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	AAA	10,1	16,3
sehr gut bis gut	AA+ - AA-	14,8	17,0
gut bis befriedigend	A+ - A-	1,0	0,5
befriedigend bis ausreichend	BBB+ - BBB-	3,0	3,9
ausreichend, anfällig für Zahlungsverzug	BB+ - BB-	0,0	0,1
mangelhaft, stark anfällig für Zahlungsverzug	B+ - B-	0,0	0,0
ohne Bonitätseinschätzung		0,1	0,1
		100,0	100,0

Zum 31.12.2016 beträgt der Marktwert unserer Finanzanlagen in Staatsanleihen der PIIGS-Staaten insgesamt 25,4 Mio. EUR, die mit jeweils rund 10 Mio. EUR auf Spanien und Italien und mit gut 5 Mio. EUR auf Irland entfallen. Darüber hinaus werden Anleihen von Kreditinstituten und Unternehmen aus diesen drei Ländern mit einem Marktwert von 22,1 Mio. EUR, sowie Aktien mit einem Marktwert von 9,0 Mio. EUR gehalten.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf den geringen Umfang und die guten Länderratings der Wertpapiere von Emittenten mit Sitz im Ausland ist das Länderrisiko aus dem Handelsgeschäft ohne größere Bedeutung.

5.3.2. Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Marktpreisrisiken beschreiben die Gefahren negativer Entwicklungen der Geld- und Kapitalmärkte für die Sparkasse. Diese ergeben sich aus Veränderungen der Marktpreise von z. B. Wertpapieren, Währungen, Immobilien und Rohstoffen sowie aus Schwankungen der Zinssätze. Zur Steuerung der Marktpreisrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Marktpreisrisikostategie festgelegt, die mindestens jährlich überprüft wird.

Der Bestand der bilanzwirksamen Handelsgeschäfte (vor Bewertung) hat sich zum Bilanzstichtag wie folgt entwickelt:

Anlagekategorie	Buchwerte	
	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR
1) Tages- und Termingelder ¹⁾	431,0	134,0
2) Namenspfandbriefe / Schuldscheindarlehen	110,5	145,5
3) Schuldverschreibungen und Anleihen	705,4	720,5
4) Aktien im Direktbestand	0,0	0,0
5) Wertpapier-Spezialfonds	275,4	275,4
6) Sonstige Investmentfonds	19,4	27,0
	1.541,7	1.302,4

¹⁾ inkl. Anlagen auf laufenden Konten, jedoch ohne Bundesbankkonto

In der Marktpreisrisikostrategie hat der Vorstand die grundlegende Anlagestrategie festgelegt. Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften wird eine tägliche Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt und die erzielten Handelsergebnisse werden bestimmt. Zusätzlich wird das potenzielle Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Dabei wenden wir das Verfahren der Modernen Historischen Simulation an. Die angenommene Haltedauer beträgt für alle Handelsgeschäfte 250 Handelstage. Der Value-at-Risk wird mit einem Konfidenzniveau von 99,0 % (unerwartete Risiken) ermittelt. Im Rahmen der Überwachung der Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften werden sowohl das bereits erzielte Handelsergebnis als auch das Verlustrisiko berücksichtigt.

Die angewandten Risikoparameter werden mindestens jährlich einem Backtesting unterzogen, um deren Vorhersagekraft einschätzen zu können.

Die Überwachung des Marktpreisrisikos wird im Controlling mit Hilfe des Systems SimCorp Dimension unter strenger Beachtung der Funktionstrennung zum Handel wahrgenommen. Es wird täglich geprüft, ob sich die Marktpreisrisiken innerhalb der vorgegebenen handelsrechtlichen Limite bewegen. Außerdem wird die Einhaltung der definierten Emittenten- und Kontrahentenlimite überwacht. Darüber hinaus wird in der Risikotragfähigkeitsrechnung ein Einzellimit als Teilbetrag des Risikobudgets vergeben. Bei Überschreitung des Limits bzw. der vordefinierten Frühwarngrenze ist vorgesehen, dass der Anlageausschuss über Maßnahmen zur Verringerung der Marktpreisrisiken berät und gegebenenfalls dem Vorstand zur Entscheidung vorlegt.

Der Gesamtvorstand wird wöchentlich über die Ergebnisse und die Risikosituation informiert. Monatlich erfolgt eine umfassende Information des Gesamtvorstandes über die Risiko- und Ertragslage der Handelsgeschäfte der Sparkasse. Die Wertveränderungen aus Marktpreisrisiken an den Kapitalmärkten bewegten sich in Summe unter den von uns vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Limiten.

5.3.3. Gegenparteiausfallrisiken

Im Rahmen ihrer Zinsänderungsrisikosteuerung geht die Sparkasse derivative Adressenausfallrisikopositionen in Form von Swappgeschäften ein. Durch die 1 : 1 Absicherung von Währungsrisiken aus Devisentermin- und Devisenoptionsgeschäften unserer Kunden entstehen weitere Adressenausfallrisikopositionen. Ein Handel zur Erzielung von Gewinnen aus Preisdifferenzen wird nicht betrieben.

Voraussetzung für das Eingehen von derivativen Adressenausfallrisikopositionen ist die Einräumung entsprechender Limite im Rahmen der für vergleichbare Geschäfte des Anlagebuches bestehenden Kreditgenehmigungsverfahren. Die Risikobewertung und -überwachung erfolgen nach den gleichen Grundsätzen wie bei den übrigen Geschäften des Anlagebuches.

Die Bewertung derivativer Finanzinstrumente des Anlagebuches erfolgt nach der Laufzeitmethode gemäß CRR.

Das Kontrahentenrisiko ist die Gefahr, dass bei Ausfall des Kontrahenten neben den möglicherweise noch ausstehenden Zinszahlungen ein Wiedereindeckungsrisiko entsteht. Ein Wiedereindeckungsrisiko besteht darin, dass durch Veränderung der Marktpreise gegenüber dem ursprünglichen Abschluss höhere oder niedrigere Zinsen für die Festzinsseite zu zahlen sind.

In Ergänzung zur Umsetzung von Basel III sorgt die European Market Infrastructure Regulation (EMIR) für mehr Transparenz auf den Derivatemärkten. Diese Regulierung umfasst im Wesentlichen die Pflicht zur Meldung aller Derivatetransaktionen an Transaktionsregister, die Pflicht zum Clearing von bestimmten Derivaten über zentrale Gegenparteien sowie die Anwendung bestimmter Risikominderungsverfahren bei nicht über zentrale Gegenparteien abgewickelten Derivaten. Die Sparkasse Paderborn-Detmold erfüllt alle aus EMIR resultierenden Anforderungen.

5.3.4. Aktienkursrisiken

Aktienkursrisiken beschreiben die Gefahr, dass durch Preisveränderungen auf den Aktienmärkten die jeweiligen Bestände bzw. offenen Positionen an Wert verlieren und dadurch ein Verlust entsteht.

Aktien werden in einem überschaubaren Umfang zurzeit ausschließlich im Spezialfonds gehalten. Die hieraus resultierenden Risiken werden im Rahmen des Marktpreisrisikos aus Handelsgeschäften gesteuert.

5.3.5. Währungsrisiken

Die Währungsrisiken, die durch Devisengeschäfte mit unseren Kunden entstehen, werden grundsätzlich über Micro-Hedges glattgestellt, sofern die Glattstellung nicht bereits durch andere Gegengeschäfte mit Kunden erfolgt ist. Durch diese Vorgehensweise entstehen für die Sparkasse nur geringe "Spitzenbeträge" als offene Devisenposition.

Die Währungsrisiken sind hinsichtlich ihrer GuV-Wirkung grundsätzlich von untergeordneter Bedeutung. Bemerkenswerte Konzentrationen sind nicht erkennbar.

Vergebene Fremdwährungsdarlehen werden währungs- und laufzeitkongruent refinanziert. Von den Kunden hereingenommene Einlagen in Fremdwährung werden ebenfalls grundsätzlich währungskongruent und laufzeitkongruent angelegt. Das damit einhergehende Zinsänderungsrisiko ist aufgrund des überschaubaren Volumens und der geringen Laufzeitverlängerung lediglich geringfügig.

5.4. Zinsänderungsrisiken

Unter dem Zinsänderungsrisiko wird in der periodisch orientierten Sichtweise die negative Abweichung des Zinsüberschusses von einem zuvor erwarteten Wert verstanden. Die Abschreibungsrisiken für festverzinsliche Wertpapiere berücksichtigen wir in den Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften. In der wertorientierten Sichtweise ist dieses Risiko als negative Abweichung des Barwertes am Planungshorizont vom erwarteten Barwert definiert. Die Messung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt sowohl auf perioden- als auch auf wertorientierter Basis. Beide Steuerungsansätze werden eingesetzt, um Erträge zu optimieren und Risiken aus der Fristentransformation zu begrenzen. Grundlage der Wertermittlung der Zinsgeschäfte sind alle innerhalb der jeweiligen Restlaufzeit liegenden Zahlungen.

Für den aus den Gesamtzahlungsströmen der Sparkasse errechneten Barwert wird das Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt (Konfidenzniveau 99 %, Haltedauer 63 Tage) und der zu erwartenden Performance gegenübergestellt. Die Berechnungen des Value-at-Risk und der erwarteten Performance beruhen auf der historischen Simulation der Marktzinsänderungen. Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientiert sich die Sparkasse an einer definierten Benchmark (angelehnt an die Struktur des gleitenden 10-Jahresdurchschnitts). Abweichungen zeigen ggf. Bedarf von Steuerungsmaßnahmen auf und dienen als zusätzliche Information für zu tätige Neuanlagen.

Neben der vermögenswertorientierten Berechnung wird eine handelsrechtliche Rechnung zur Ermittlung des Zinsspannenrisikos durchgeführt. Das Zinsspannenrisiko wird mit unterschiedlichen Anpassungsgeschwindigkeiten variabel verzinslicher Aktiv- und Passivposten sowie unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien und eines Geschäftsstrukturszenarios berechnet. Der ermittelte Risikobetrag wird im Rahmen der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsbetrachtung berücksichtigt.

Die Ergebnisse der vermögenswertorientierten Berechnung fließen in die Überlegungen zur Disposition des Zinsbuches ein. Über die Entwicklung der Zinsänderungsrisiken wird der Gesamtvorstand mindestens vierteljährlich unterrichtet. Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden neben bilanzwirksamen Instrumenten auch Zins-Swaps eingesetzt (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss).

Auf Basis des Rundschreibens 11/2011 der BaFin vom 09.11.2011 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch; Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung) haben wir zum Stichtag 31.12.2016 die barwertige Auswirkung einer Ad hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. – 200 Basispunkte errechnet. Die Verminderung des Barwertes betrug gemessen an den regulatorischen Eigenmitteln 23,7 % und lag damit oberhalb der aufsichtlichen Schwelle von 20 %. Dies haben wir der BaFin und der Deutschen Bundesbank am 27.01.2017 turnusmäßig angezeigt. Vor dem Hintergrund der guten Kapitalausstattung und der damit verbundenen Risikotragfähigkeit sowie der entspannten Risikolage halten wir das Zinsänderungsrisiko für vertretbar.

Währung	Zinsänderungsrisiken	
	Zinsschock (+200 / -200 Bp)	
	Vermögensrückgang	Vermögenszuwachs
EUR	TEUR	TEUR
	168.163	2.549

Das Zinsänderungsrisiko der Sparkasse lag im Jahr 2016 innerhalb der vorgegebenen Limite.

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer wertorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst - entsprechend dem internen Risikomanagement - alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

5.5. Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nicht oder nicht vollständig erfüllt werden können (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne), zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktzinsen beschafft werden können (Refinanzierungsrisiko) oder vorhandene Vermögenswerte nur mit Preisabschlägen verwertet werden können (Marktiliquiditätsrisiko). Das Liquiditätsrisiko wird durch eine angemessene Liquiditätsvorsorge und eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Aktiva und Passiva gesteuert. Zur regelmäßigen Überwachung der Liquidität werden monatlich die Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen der Sparkasse mit Fälligkeit innerhalb des nächsten Jahres in der Liquiditätsübersicht gegenübergestellt. Zusätzlich wird die Streuung der Liquiditätsquellen mindestens vierteljährlich überprüft und werden die Liquiditätsressourcen der Sparkasse in der Liquiditätsliste erfasst. Zur täglichen Liquiditätsüberwachung wird ein Liquiditätsfrühindikator eingesetzt, der kurzfristige Geldaufnahmen dem gesamten Dispositionsspielraum (freie Kreditlinien bei anderen Kreditinstituten, Bundesbankpfanddepot u.a.) gegenüberstellt.

Die durch § 11 KWG in Verbindung mit der Liquiditätsverordnung und den MaRisk vorgegebenen Anforderungen über eine ausreichende Liquidität wurden zu jedem Zeitpunkt eingehalten. Im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln, die erwarteten Liquiditätszuflüsse sowie die Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten ist dies auch für die Zukunft gewährleistet. Die Liquiditätskennzahl (Quotient aus den liquiden Aktiva und den Liquiditätsabflüssen für den folgenden Monat) lag stets deutlich über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0. Sie bewegte sich im Betrachtungszeitraum zwischen einem Wert von 2,20 und 2,51. Ferner werden zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Infolge der Finanzkrise führt die Aufsicht neue Liquiditätskennzahlen für Kreditinstitute ein. Während mit der Liquidity Coverage Ratio (LCR) das kurzfristige Liquiditätsrisiko bewertet werden soll, dient die Net Stable Funding Ratio (NSFR) dazu, das strukturelle Liquiditätsrisiko zu messen. Die LCR wird stufenweise eingeführt. Seit dem 01. Januar 2016 muss der Bestand an hochliquiden Aktiva den Nettomittelabfluss unter Stress zu 70 % abdecken, ab 2017 zu 80 % und ab 2018 gilt die LCR vollumfänglich. Die hochliquiden Aktiva müssen dann 100 % der Nettomittelabflüsse im Stressszenario abdecken. Im Jahr 2016 hat die Sparkasse bereits zu jedem Meldestichtag die geforderte Mindestquote von 100 % übertroffen. Die NSFR befindet sich noch in der Beobachtungsphase. Erste Testrechnungen zeigen jedoch, dass die Sparkasse auch diese Quote bereits heute erfüllt.

Die vierte MaRisk-Novelle forderte von Kreditinstituten die Einführung eines Liquiditätskostenrechnungssystems. Ein Institut muss u. a. in der Lage sein, entstehende Liquiditätskosten und -nutzen zu quantifizieren. Die Aufsicht erwartet, dass die Liquiditätsbeiträge nicht nur ermittelt, sondern auch der Preis für die Liquiditätsbindung separat ausgewiesen und in der Deckungsbeitragsrechnung berücksichtigt wird. Die Sparkasse Paderborn-Detmold hat ein "einfaches Kostenrechnungssystem" (BTR 3.1 TZ 5, Erläuterung) implementiert.

Um mögliche Liquiditätsengpässe frühzeitig erkennen zu können, hat die Sparkasse ein Frühwarnsystem eingerichtet, welches Gefahrenquellen identifiziert und das Einleiten entsprechender Gegensteuerungsmaßnahmen ermöglicht.

Die Vorgaben zur Steuerung der Liquiditätsrisiken hat der Vorstand in der Dachrisikostategie und internen Organisationsrichtlinien festgelegt.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

5.6. Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Die Bestimmung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung für operationelle Risiken basiert auf dem Basisindikatoransatz gem. Artikel 315 und 316 CRR.

Zur Steuerung der betrieblichen Risiken dienen Arbeitsanweisungen, Kontrollen und automatisierte Sicherheitsmaßnahmen. Eventuelle Schadensfälle sind zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch die sorgfältige Prüfung der Vertragsgrundlagen und den Einsatz von Standardverträgen reduziert.

Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden, begegnet die Sparkasse mit angemessenen Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der jeweiligen Betriebsstellen überwacht und von der Internen Revision geprüft wird.

Für technische Risiken hat die Sparkasse Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Die Sparkasse setzt zudem eine vom DSGVO empfohlene Schadensfalldatenbank ein, in der Schadensfälle systematisch erfasst und regelmäßig ausgewertet werden. Es ist geregelt, dass bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk ad hoc berichtet und unverzüglich analysiert werden.

Die operationellen Risiken sind nach unserer derzeitigen Einschätzung für die künftige Entwicklung der Sparkasse von untergeordneter Bedeutung.

6. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des SVWL teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von drei Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Die Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und vorhandener Risikodeckungsmasse. Die Risikotragfähigkeit war und ist gegeben. Die aus der Risikotragfähigkeit abgeleiteten Limite für die wesentlichen Risiken wurden im Jahr 2016 eingehalten. Die Risikotragfähigkeit war und ist auch in den von der Sparkasse simulierten Stresstests gegeben. Die Sparkasse ist somit in der Lage, die simulierten Krisenszenarien zu verkraften. Risiken der künftigen Entwicklung, die für die Sparkasse bestandsgefährdend sein können, sind nach der Risikoinventur nicht erkennbar. Hinsichtlich der Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen verweisen wir auf die Darstellung in Abschnitt B. 4.1. Vermögenslage.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage unter Würdigung und Abschirmung aller Risiken als ausgewogen.

7. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Insofern können die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

7.1. Geschäftsentwicklung

Für das Jahr 2017 ist ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland von 1,3 % zu erwarten. Der Rückgang der Zuwachsrates gegenüber dem Jahr 2016 um 0,6 Prozentpunkte stellt jedoch keine deutliche Verlangsamung des Wachstumstempos dar, sondern ist im Wesentlichen auf den Kalendereffekt zurückzuführen: Im kommenden Jahr fallen mehr Feiertage in die Arbeitswochen, was die gesamtwirtschaftliche Produktion dämpft. Insgesamt setzt sich der Aufschwung demnach fort. Hauptantriebskräfte der Konjunktur bleiben die privaten Konsumausgaben und die Wohnungsbauinvestitionen.

Der Arbeitsmarkt stellt sich weiter robust dar; die Arbeitslosenquote wird – wie im Vorjahr – voraussichtlich 6,1 % betragen. Dies dürfte den weiteren Anstieg der verfügbaren Einkommen stützen.

Außerdem trägt die Rentenanpassung zur Jahresmitte 2016 zu einer deutlichen Erhöhung der monetären Sozialleistungen im Jahr 2017 bei. Insgesamt ist für das kommende Jahr mit einer Zunahme des privaten Verbrauchs von 1,3 % zu rechnen.

Bei den privaten Wohnungsbauinvestitionen wird für das kommende Jahr ein Zuwachs von 2,7 % erwartet. Zwar wirkt auch hier der Kalendereffekt dämpfend. Mehr und mehr bremsen jedoch die hohe Kapazitätsauslastung in der Bauwirtschaft und der damit einhergehende Anstieg der Baukosten die Wohnungsbauinvestitionen.

Im Zuge der anhaltend hohen Binnennachfrage und einer leicht steigenden Auslandsnachfrage dürften die Produktionskapazitäten auch im Jahr 2017 leicht überdurchschnittlich ausgelastet bleiben. Neben Ersatzinvestitionen sollten die privaten Unternehmen daher in zunehmendem Maße auch Erweiterungsinvestitionen durchführen.

Gestützt wird die Investitionstätigkeit von den weiterhin außerordentlich günstigen Finanzierungsbedingungen. Gleichwohl bleibt die Sachkapitalbildung moderat. Mit 1,8 % werden die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2017 nur geringfügig stärker zulegen als in diesem Jahr. Dämpfend wirken die Verunsicherungen hinsichtlich der geopolitischen Risiken und der weiteren Entwicklung der Weltkonjunktur.

Aufgrund dieser Erwartungen rechnen wir für 2017 mit einem Zuwachs im Kreditgeschäft von 3,1 %. Der bilanzielle Anteil der Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme steigt wegen der Reduzierung im Eigengeschäft leicht an.

Im Einlagengeschäft setzt sich der über Konditionen geführte Wettbewerb fort. Die Sparquote wird vor dem Hintergrund der erwarteten konjunkturellen Entwicklung und der anhaltenden Niedrigzinsphase leicht abnehmen. Dennoch wollen wir mit der an den Kundenbedürfnissen ausgerichteten ganzheitlichen Beratung sowie dem umfassenden Produktangebot und der fortwährenden Marktbeobachtung Kundengelder halten. Insgesamt erwarten wir für 2017 einen unveränderten Bestand ggü. 2016.

Bei der Bilanzsumme erwarten wir im Jahr 2017 einen Anstieg der Durchschnittsbilanzsumme auf ca. 6,75 Mrd. EUR.

Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir von einem Rückgang der Erlöse für 2017 ggü. 2016 um 1,9 % aus. Diese Entwicklung ist insbesondere auf rückläufige Provisionserträge im Versicherungsgeschäft zurückzuführen.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Die Risiken liegen - neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten unternehmerischen und banküblichen Gefahren - hauptsächlich im weiteren Nachlassen der weltwirtschaftlichen Dynamik und den geopolitischen Risiken (v.a. Unsicherheit über die weitere politische Entwicklung in den USA). Ferner kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Schocks im Finanzsystem die realwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen können. Die nervöse Reaktion der Finanzmärkte auf die Verschuldungssituation einiger Euro-Mitgliedsländer und die möglichen Konsequenzen des dortigen Engagements deutscher Banken zeigen, dass sich die Situation im Finanzsektor trotz der Rettungspakete der EU nicht endgültig stabilisiert hat.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Chancen sehen wir vor allem in einer besser als erwartet laufenden Konjunktur aufgrund einer schnellen Erholung von der EU-Staatenfinanzkrise und einem wieder anziehenden Wachstum auf den Weltmärkten. Dies würde zu einer stärkeren Kreditnachfrage und einem Anstieg des Zinsüberschusses und somit auch zu einem höheren Betriebsergebnis vor Bewertung führen. Aufgrund einer besser als erwarteten Wirtschaftserholung dürfte das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft deutlich geringer als geplant ausfallen, während auf der anderen Seite das Zinsniveau ansteigen und das Bewertungsergebnis Wertpapiere belasten könnte. Weiterhin sehen wir Chancen im Zinsbuch bei einer steileren Zinsstrukturkurve und einem anhaltenden relativ geringen Zinsniveau des Geldmarktes.

7.2. Finanzlage

Für das Jahr 2017 sind größere Ersatzinvestitionen in der Hauptstelle Detmold geplant. Ferner wird in die IT und Digitalisierung investiert. Die Finanzierung des Wachstums im Kreditgeschäft wird über die Kundeneinlagen sichergestellt. Zudem stehen in ausreichendem Umfang eigene Tages- und Termingelder sowie eigene Wertpapiere für einen Aktivtausch zur Verfügung.

Nach unseren Planungen wird die Liquiditätskennziffer durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,25 und somit auch über dem aufsichtsrechtlich geforderten Mindestwert von 1,00 liegen.

7.3. Ertragslage

Die Entwicklung des Betriebsergebnisses vor Bewertung wird maßgeblich durch den Zinsüberschuss geprägt. Der Zinsüberschuss wird durch die Zinsentwicklung und die Zinsstruktur am Geld- und Kapitalmarkt wesentlich beeinflusst. Insofern ist die weiterhin flache Zinsstrukturkurve, die sich im Vergleich zu 2016 nach unserer Erwartung nicht nachhaltig verändern wird, mit der damit verbundenen geringen Möglichkeit der Fristentransformation von maßgeblicher Bedeutung. Aufgrund der weiterhin moderaten Inflationstendenzen rechnen wir auch weiterhin mit einem niedrigen Inflationsniveau.

Die Sparkasse rechnet nicht damit, dass die Europäische Zentralbank im Verlauf des Jahres 2017 möglichen Inflationstendenzen entgegenwirken und erste Zinserhöhungen vornehmen wird. Chancen bestehen insbesondere in einer steileren Zinsstrukturkurve mit der damit verbundenen Möglichkeit, Erträge aus Fristentransformation zu erzielen. Eine stärkere Verflachung der Zinsstrukturkurve hätte dagegen schmälernde Auswirkungen auf den Zinsüberschuss der Sparkasse.

Aufgrund des intensiven Wettbewerbs im Kreditgewerbe erwarten wir bei den Kundeneinlagen weiter rückläufige Konditionsbeiträge. Kredite, die auf dem niedrigen Zinsniveau herausgelegt werden, können die Ertragseinbußen des auslaufenden Geschäftes nicht kompensieren. Nach unseren Planungen geht der Zinsüberschuss für 2017 auf 1,96 % der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) zurück.

Im Provisionsüberschuss gehen wir für das nächste Jahr von einem Rückgang in Höhe von 888 TEUR aus.

Die Verwaltungsaufwendungen werden nach unseren Planungen um bis zu 3,8 % im Jahr 2017 steigen. Für 2017 rechnen wir -u.a. wegen Tarifierhöhungen- mit einem Personalmehraufwand von 2,0%. Aufgrund von Verschiebungen von Investitionen in das Jahr 2017 rechnen wir mit steigenden Sachkosten in Höhe von 7,7 %. Insgesamt planen wir unter den vorgestellten Annahmen für das Jahr 2017 mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung von rund 0,89 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme von ca. 6,75 Mrd. EUR. Bei der Cost Income Ratio (CIR) erwarten wir einen Wert von 66,6%.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist trotz der positiven konjunkturellen Aussichten nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Wir rechnen im Jahr 2017 für die Kreditbranche und damit auch für die Sparkasse mit einem Anstieg des Bewertungsaufwandes im Kreditgeschäft und mit einem im Vergleich zum Jahr 2016 deutlich negativen Bewertungsergebnis. In der Planung berücksichtigen wir die erwarteten Verluste im Kreditgeschäft mit Hilfe des Modells CPV. Den Risiken steht ein ausreichendes Risikodeckungspotenzial gegenüber.

Es ist nicht auszuschließen, dass die künftigen Gewinne der Sparkasse durch die Ansparleistungen für die indirekte Haftung für die "Erste Abwicklungsanstalt" weiter belastet werden. Im Maximalfall wird für die nächsten Jahre derzeit von einem durchschnittlichen Betrag von 4,9 Mio. EUR pro Jahr ausgegangen.

Aufgrund der regulatorischen Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (Vereinheitlichung der Einlagensicherung, Basel III-Regelungen) können sich Belastungen auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse ergeben.

Die Planung für das Geschäftsjahr 2017 lässt insgesamt erkennen, dass das hinsichtlich Wettbewerbssituation und Zinslage schwieriger werdende Umfeld auch an der Sparkasse Paderborn-Detmold nicht spurlos vorübergeht. Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage ist eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert. Das geplante Wachstum kann mit einer weiterhin soliden Eigenkapitalausstattung dargestellt werden.

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2016



der

Sparkasse Paderborn-Detmold

Sitz

Paderborn und Detmold

eingetragen beim

Amtsgericht

Paderborn und Lemgo

Handelsregister-Nr.

HR A 2232 bzw. HR A 3406

	EUR	EUR	EUR	31.12.2015 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		61.365.044,37		63.364
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		83.470.314,58		79.592
			144.835.358,95	142.956
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		264.622.653,08		60.218
b) andere Forderungen		206.456.454,53		146.159
			471.079.107,61	206.377
4. Forderungen an Kunden			4.820.546.663,42	4.722.748
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	2.320.504.975,52	EUR		(2.318.817)
Kommunalkredite	277.014.658,07	EUR		(302.956)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
			0,00	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		264.520.216,75		226.104
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	264.520.216,75	EUR		(219.424)
bb) von anderen Emittenten		444.383.102,07		499.804
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	444.383.102,07	EUR		(489.791)
			708.903.318,82	725.908
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	72
Nennbetrag	0,00	EUR		(70)
			708.903.318,82	725.980
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				
6a. Handelsbestand				
			295.452.787,17	303.002
			0,00	0
7. Beteiligungen			111.009.875,23	110.464
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	7.908.000,00	EUR		(7.908)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			147.795,41	148
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
9. Treuhandvermögen			1.027.038,87	1.359
darunter:				
Treuhandkredite	1.027.038,87	EUR		(1.359)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		290.265,00		329
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00		0
			290.265,00	329
12. Sachanlagen			53.150.464,04	53.060
13. Sonstige Vermögensgegenstände			5.075.664,19	4.523
14. Rechnungsabgrenzungsposten			946.088,73	1.506
Summe der Aktiva			6.612.464.427,44	6.272.451

	EUR	EUR	EUR	31.12.2015 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		<u>24.815,58</u>		<u>28</u>
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>766.102.288,83</u>		<u>733.298</u>
			<u>766.127.104,41</u>	<u>733.326</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	<u>1.885.194.571,16</u>			<u>1.845.879</u>
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>173.836.768,26</u>			<u>214.384</u>
		<u>2.059.031.339,42</u>		<u>2.060.263</u>
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	<u>2.825.691.338,62</u>			<u>2.500.533</u>
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>198.557.982,97</u>			<u>254.778</u>
		<u>3.024.249.321,59</u>		<u>2.755.310</u>
			<u>5.083.280.661,01</u>	<u>4.815.573</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		<u>351.488,06</u>		<u>864</u>
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	<u>0,00</u> EUR			<u>(0)</u>
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	<u>0,00</u> EUR			<u>(0)</u>
			<u>351.488,06</u>	<u>864</u>
3a. Handelsbestand			<u>0,00</u>	<u>0</u>
4. Treuhandverbindlichkeiten			<u>1.027.038,87</u>	<u>1.359</u>
darunter:				
Treuhandkredite	<u>1.027.038,87</u> EUR			<u>(1.359)</u>
5. Sonstige Verbindlichkeiten			<u>2.382.571,49</u>	<u>3.561</u>
6. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>1.678.981,80</u>	<u>2.316</u>
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		<u>54.291.953,00</u>		<u>55.795</u>
b) Steuerrückstellungen		<u>2.509.000,00</u>		<u>104</u>
c) andere Rückstellungen		<u>33.178.442,35</u>		<u>30.366</u>
			<u>89.979.395,35</u>	<u>86.265</u>
8. (weggefallen)				
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			<u>0,00</u>	<u>0</u>
10. Genusssrechtskapital			<u>0,00</u>	<u>0</u>
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	<u>0,00</u> EUR			<u>(0)</u>
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			<u>261.303.000,00</u>	<u>233.103</u>
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		<u>0,00</u>		<u>0</u>
b) Kapitalrücklage		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	<u>378.733.314,63</u>			<u>368.571</u>
cb) andere Rücklagen	<u>9.350.000,00</u>			<u>9.350</u>
		<u>388.083.314,63</u>		<u>377.921</u>
d) Bilanzgewinn		<u>18.250.871,82</u>		<u>18.162</u>
			<u>406.334.186,45</u>	<u>396.083</u>
Summe der Passiva			<u>6.612.464.427,44</u>	<u>6.272.451</u>
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		<u>0,00</u>		<u>0</u>
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>120.570.187,73</u>		<u>113.366</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			<u>120.570.187,73</u>	<u>113.366</u>
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		<u>0,00</u>		<u>0</u>
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>245.052.561,41</u>		<u>410.846</u>
			<u>245.052.561,41</u>	<u>410.846</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016**

	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2015 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	161.742.857,15			170.465
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	5.243.343,55	EUR		(4)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	12.421.506,81			15.271
		174.164.363,96		185.736
2. Zinsaufwendungen		39.776.015,45		57.464
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	7.422.943,64	EUR		(2.897)
			134.388.348,51	128.272
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		4.850.523,78		4.797
b) Beteiligungen		3.027.481,05		3.028
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		300.000,00		280
			8.178.004,83	8.105
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			61.044,87	473
5. Provisionserträge		49.081.106,99		46.885
6. Provisionsaufwendungen		2.435.689,41		2.319
			46.645.417,58	44.567
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands			0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge			4.427.511,90	7.238
darunter:				
aus der Fremdwährungsumrechnung	273.680,70	EUR		(60)
9. (weggefallen)			193.700.327,69	188.654
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	63.280.567,72			59.919
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	17.738.620,89			23.303
darunter:				
für Altersversorgung	6.336.491,30	EUR		(11.366)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		81.019.188,61		83.222
		32.340.862,60		33.473
			113.360.051,21	116.695
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			6.211.982,05	6.951
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			4.044.227,85	3.034
darunter:				
aus der Fremdwährungsumrechnung	1.024,13	EUR		(0)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		0
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		8.361.632,61		4.168
			8.361.632,61	4.168
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		7.243.706,53		0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00		29
			7.243.706,53	29
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme		0,00		0
18. Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken		28.200.000,00		26.197
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		43.001.992,66		39.973
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		24.508.509,90		21.524
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		242.610,94		287
			24.751.120,84	21.812
25. Jahresüberschuss			18.250.871,82	18.162
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			18.250.871,82	18.162
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,00			0
b) aus anderen Rücklagen	0,00			0
			0,00	0
			18.250.871,82	18.162
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage	0,00			0
b) in andere Rücklagen	0,00			0
			0,00	0
29. Bilanzgewinn			18.250.871,82	18.162

Anhang – 2016

A. ALLGEMEINE ANGABEN

Der Jahresabschluss zum 31.12.2016 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuchs (HGB) unter Beachtung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) sowie des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt. Hierbei waren erstmals die Änderungen durch das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) vom 22.07.2015 zu beachten. Aufgrund von § 284 Abs. 1 HGB ergeben sich gegenüber dem Vorjahr Abweichungen in der Reihenfolge der Angaben zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.

B. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewendeten Ansatz- und Bewertungsmethoden werden grundsätzlich stetig angewendet. Sofern sich Abweichungen ergeben haben, wird in den jeweiligen Abschnitten darauf hingewiesen.

Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt gemäß den §§ 246 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden kapitalanteilig auf die Laufzeit der Darlehen bzw. eine kürzere Zinsbindungsdauer verteilt. Von Dritten erworbene Schuldscheindarlehen, die dem Geldanlagezweck dienen, werden mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Erkennbaren Risiken aus Forderungen wurde durch deren Bewertung nach den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven.

Wertpapiere

Die Wertpapiere werden zu den Anschaffungskosten bewertet, soweit die beizulegenden Werte am Bilanzstichtag nicht niedriger sind (strenges Niederstwertprinzip).

Unsere Wertpapiere haben wir daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist. Demnach werden mit Ausnahme von offenen Immobilienfonds, die sich in Liquidation befinden, alle Wertpapiere an einem aktiven Markt gehandelt und wurden somit zum Abschlussstichtag mit dem Börsen- oder Marktpreis bewertet.

Für Anteile an Investmentvermögen haben wir bei aktiven Märkten als beizulegenden Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt. Bei Immobilienfonds, die sich in Liquidation befinden (Buchwerte EUR 10,3 Mio.), haben wir auf Basis eines Abwicklungsszenarios einen Bewertungsabschlag vom investimentrechtlichen Anteilwert vorgenommen.

Wertpapiere, die wir im Rahmen der Wertpapierleihe verleihen, weisen wir weiterhin in der Bilanz aus, da die wesentlichen Chancen und Risiken, die aus ihnen resultieren, bei der Sparkasse verbleiben. Der Buchwert der verliehenen Wertpapiere beträgt zum Bilanzstichtag EUR 339,3 Mio..

Anteilsbesitz

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bzw. zum beizulegenden Wert bilanziert. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Aus Vereinfachungsgründen werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringerem Wert (bis EUR 150) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis EUR 1.000) in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird.

Die Gebäude werden linear abgeschrieben. Für Bauten auf fremdem Grund und Boden sowie Einbauten in gemieteten Gebäuden wird die Vertragsdauer zugrunde gelegt, wenn sie kürzer ist als die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden linear abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung wird die zeitanteilige Jahresabschreibung verrechnet.

Gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB führen wir für die bisher nach steuerrechtlichen Vorschriften bewerteten Vermögensgegenstände, die zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 vorhanden waren, die Wertansätze unter Anwendung der für sie bis zum Inkrafttreten des BilMoG geltenden Vorschriften fort.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Vermögensgegenständen über dem Wert liegt, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zu ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien werden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, erhaltene Agioerträge in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die Laufzeit planmäßig abgeschrieben bzw. vereinnahmt.

Rückstellungen

Die Rückstellungen werden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Ersterfassung erfolgt nach der Nettomethode. Rückstellungen mit einer Ursprungslaufzeit von einem Jahr oder weniger werden nicht abgezinst. Die übrigen Rückstellungen werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst. Bei unbekannter Restlaufzeit wird der Abzinsungszeitraum anhand der durchschnittlichen Entwicklung der Vorjahre geschätzt.

Die Pensionsrückstellungen sowie die Rückstellungen für Beihilfen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck entsprechend dem Teilwertverfahren ermittelt. Dabei werden künftige jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2 % unterstellt. Tarifsteigerungen nach TVöD werden berücksichtigt. Der Berechnung der Pensionsrückstellungen und Beihilferückstellungen wurde ein vom Pensionsgutachter auf das Jahresende 2016 prognostizierter Durchschnittszinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, zugrunde gelegt. Aufgrund des langfristig niedrigen Zinsniveaus vermindert sich der für die Bewertung der Pensionsrückstellungen heranzuziehende Abzinsungssatz gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung weiter stetig. Daher erfolgte mit dem Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung von handelsrechtlichen Vorschriften eine Änderung des § 253 HGB. Der Bezugszeitraum für die Ermittlung des Durchschnittszinssatzes wurde von 7 auf 10 Jahre verlängert. Zum 31.12.2016 beträgt der Zinssatz für den Betrachtungszeitraum von 7 Jahren 3,22 % und für den Betrachtungszeitraum von 10 Jahren 4,00 %. Aus dieser Änderung der Bewertungsmethode ergibt sich insgesamt eine Verminderung der Pensionsrückstellungen um TEUR 5.243 (Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB), die als Zinsertrag in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen wird.

Abweichend zum Vorjahr wird bei den Pensionsrückstellungen der Effekt aus der Änderung des Abzinsungssatzes von TEUR 4.806 (Vorjahr TEUR 4.415) entsprechend dem Ausweiswahlrecht nach IDW RS HFA 30, TZ 87, anstatt im Personalaufwand nun im Zinsergebnis ausgewiesen. Dadurch wird insbesondere bezogen auf die Entwicklung des Personalaufwands eine sachgerechtere Darstellung und Entwicklung der Ertragslage gewährleistet.

Die Rückstellungen für Jubiläumszahlungen werden nach den Bestimmungen des TVöD ermittelt.

Altersteilzeitverträge wurden auf der Grundlage des Tarifvertrags zur Regelung der Altersteilzeit sowie darüber hinausgehender Zusagen abgeschlossen. Bei den hierfür gebildeten Rückstellungen werden künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2 % angenommen. Die Restlaufzeit der Verträge beträgt bis zu vier Jahre und elf Monate. Bei der Bewertung der Rückstellung für aufgrund des Wahlrechtes der Arbeitnehmer voraussichtlich in der Zukunft abzuschließende Altersteilzeitvereinbarungen wurde vom Grad der wahrscheinlichen Inanspruchnahme auf der Grundlage der in der Vergangenheit bei gleichen Bedingungen abgeschlossenen Verträgen ausgegangen. Die voraussichtlich zu leistenden Beträge wurden vorsichtig geschätzt.

Für unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen, die in den ersten drei Monaten des folgenden Geschäftsjahrs nachgeholt werden, wurden Rückstellungen gebildet.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente (Swaps, Termingeschäfte) sind als schwebende Geschäfte in der Bilanz nicht auszuweisen. Sie werden bei Abschluss entsprechend ihrer Zweckbestimmung dem Handels- oder Anlagebuch zugeordnet.

Die zur Absicherung und Steuerung von Zinsänderungs- oder sonstigen Marktpreisrisiken abgeschlossenen derivativen Geschäfte werden in die Gesamtbetrachtung der jeweiligen Risikoart einbezogen und sind somit grundsätzlich nicht gesondert zu bewerten.

Die laufenden Zinszahlungen aus Zinsswapgeschäften sowie die entsprechenden Zinsabgrenzungen werden je Zinsswap saldiert ausgewiesen.

Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuch)

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer wertorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst - entsprechend dem internen Risikomanagement - alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Die Berechnungen zum 31.12.2016 zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

Die zur Steuerung der allgemeinen Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos einbezogen (Zinsbuchsteuerung) und somit nicht gesondert bewertet. Zinsswaps mit einer Restlaufzeit von über 10 Jahren wurden gemäß IDW RS BFA 3 imparitätisch bewertet.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB sehen wir als gegeben an, soweit eine Identität von Währung und Betrag der gegenläufigen Geschäfte vorliegt. Die Umrechnungsergebnisse aus Geschäften, die in die besondere Deckung einbezogen sind, werden saldiert je Währung in den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen.

Bilanzposten und Posten der Gewinn- und Verlustrechnung, die auf fremde Währung lauten, sowie schwebende Fremdwährungskassageschäfte werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

Der Gesamtbetrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten beträgt TEUR 34.271 bzw. TEUR 37.971.

C. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

Aktiva 3 - Forderungen an Kreditinstitute

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Forderungen an die eigene Girozentrale	314.310	69.097
nachrangige Forderungen	10.357	10.357

Aktiva 4 – Forderungen an Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Forderungen an verbundene Unternehmen	1.170	1.413
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	43.134	43.709

Aktiva 5 – Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

	31.12.2016 TEUR
börsennotiert	698.935
nicht börsennotiert	9.968

Aktiva 6 – Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die Sparkasse hält sämtliche Anteile des folgenden Sondervermögens im Sinne des Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB):

Investmentfonds (in Mio. EUR)	Buchwert	Marktwert	Differenz Buchwert zu Marktwert	Ausschüt- tungen in 2016	Tägliche Rückgabe möglich	Unterlassene Abschrei- bungen
Neo-Fonds	275,4	301,3	25,9	4,1	ja	-

Die Anteile sind der Liquiditätsreserve zugeordnet.

Der Fonds wird im Rahmen einer Master-KVG Lösung verwaltet. Das Sondervermögen investiert in Staatsanleihen und Pfandbriefe guter Bonität (Segment Core), indexnah in Euro denominierte Unternehmensanleihen guter Bonität (Segment Corporates) sowie indexnah in Standardaktien der Eurozone (Segment Aktien). In den jeweiligen Anlagebedingungen sind die Details des Anlageuniversums geregelt.

Von den in diesem Posten enthaltenen Wertpapieren sind:

	31.12.2016 TEUR
börsennotiert	-
nicht börsennotiert	295.453

Aktiva 7- Beteiligungen

An folgenden Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind, halten wir eine Beteiligung im Sinne von § 271 Abs. 1 HGB:

Name	Sitz	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital TEUR	Jahresergebnis TEUR
Sparkassenverband Westfalen-Lippe	Münster	5,46	1.082.093 (31.12.2015)	0 (31.12.2015)
Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG	Bad Homburg vor der Höhe	0,66	673.408* (30.09.2015)	68.700* (30.09.2015)

*gemäß Konzernjahresabschluss

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage Anlagespiegel dargestellt.

Aktiva 8 – Verbundene Unternehmen

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Tochterunternehmen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse wurde auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses gemäß § 296 Abs. 2 HGB verzichtet.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage Anlagespiegel dargestellt.

Gegenüber der S Boden GmbH mit Sitz in Detmold besteht aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages eine Verpflichtung zur Verlustübernahme.

Aktiva 9 - Treuhandvermögen

Das Treuhandvermögen betrifft in voller Höhe die Forderungen an Kunden.

Aktiva 11 – Immaterielle Anlagewerte

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage Anlagespiegel dargestellt.

Aktiva 12 – Sachanlagen

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2016 TEUR
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	40.287
Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.594

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage Anlagespiegel dargestellt.

Aktiva 13 – Sonstige Vermögensgegenstände

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage Anlagespiegel dargestellt.

Aktiva 14 – Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Disagio aus Verbindlichkeiten	727	1.231

Passiva 1 – Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	177	178

Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 750.851 als Sicherheit übertragen worden.

Passiva 2 – Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	678	1.030
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	745	823

Passiva 4 – Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (TEUR 1.027).

Passiva 6 – Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Disagio aus Forderungen	968	1.441

Passiva 7 – Rückstellungen

Der Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB beträgt zum 31.12.2016 TEUR 5.243. Dieser Unterschiedsbetrag unterliegt der Ausschüttungssperre nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB. Zum Bilanzstichtag betragen die gesamten ausschüttungsgesperrten Beträge TEUR 5.243.

D. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Gewinn- und Verlustrechnung 1 – Zinserträge

Für Anlagen gezahlte Zinsen (so genannte Negativzinsen) werden im GuV-Posten 1 saldiert in Höhe von EUR 453.454,38 ausgewiesen.

In dem Posten sind Aufwendungen aus der Änderung des Abzinsungssatzes von Rückstellungen in Höhe von TEUR 5.243 (Vorjahr TEUR -) enthalten.

Gewinn- und Verlustrechnung 2 – Zinsaufwendungen

Die für aufgenommene bzw. erhaltene Gelder von der Sparkasse empfangenen Negativzinsen werden im GuV-Posten 2 saldiert in Höhe von EUR 15.073,08 ausgewiesen.

In dem Posten sind Aufwendungen aus der Änderung des Abzinsungssatzes von Rückstellungen in Höhe von TEUR 4.806 (Vorjahr TEUR -) enthalten.

Durch die vorzeitige Schließung von Zinsswaps sind Vorfälligkeitsentschädigungen von TEUR 3.850 angefallen, die unter den Zinsaufwendungen ausgewiesen werden.

Gewinn- und Verlustrechnung 8 - Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge entfallen zu etwa 32 % auf die Auflösung von Rückstellungen.

Gewinn- und Verlustrechnung 12 - Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfallen zu etwa 39 % auf die Zuführung zu Rückstellungen.

E. SONSTIGE ANGABEN

Fristengliederung

in TEUR	mit einer Restlaufzeit von				mit unbestimmter Laufzeit	im Jahr 2017 fällig
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		
<u>Aktivposten</u>						
3. Forderungen an Kreditinstitute						
b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)	147.571	12.774	5.000	40.000		
4. Forderungen an Kunden	196.214	347.378	1.392.032	2.852.087	29.102	
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						80.195
<u>Passivposten</u>						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	15.280	41.830	237.282	471.540		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	1.055	145.730	26.691	358		
b) andere Verbindlichkeiten						
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	29.925	24.516	128.073	14.972		
3. Verbriefte Verbindlichkeiten						
a) begebene Schuldverschreibungen						300

Anteilige Zinsen werden nach § 11 Satz 3 RechKredV nicht in die Fristengliederung einbezogen.

Latente Steuern

Nennenswerte Unterschiedsbeträge entfallen auf folgende Bilanzpositionen:

<u>Aktive latente Steuern</u>	<u>Erläuterung der Differenz</u>
Forderungen an Kunden	Vorsorgereserven
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Steuerlicher Ausgleichsposten
Beteiligungen	Steuerlich nicht berücksichtigte Abschreibungen
Pensionsrückstellungen	Unterschiedliche Parameter
Andere Rückstellungen	Unterschiedliche Parameter

Der Berechnung wurden ein Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und ein Gewerbesteuersatz von 15,05 % zugrunde gelegt. Mit Ausnahme der Differenzen bei den Personengesellschaften, für die lediglich der Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) relevant ist, macht der gesamte Ertragsteuersatz bei den übrigen Unterschieden 30,88 % aus.

Saldiert ergibt sich ein Überhang aktiver latenter Steuern, für den das Aktivierungswahlrecht nicht genutzt wurde.

Der Unterschied zwischen dem ausgewiesenen, auf der Grundlage der steuerlichen Regelungen ermittelten Steueraufwand und dem aus der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung erwarteten Steueraufwand ist im Wesentlichen auf die Veränderung des Fonds für allgemeine Bankrisiken zurückzuführen.

Ausschüttungssperre gemäß § 253 Abs. 6 HGB

Der Gesamtbetrag der Ausschüttungssperre zum Bilanzstichtag von TEUR 5.243 entfällt auf den Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB.

Marktrisikobehaftete Geschäfte

Die Sparkasse hat im Geschäftsjahr und in Vorjahren Termingeschäfte und derivative Finanzinstrumente abgeschlossen, die teilweise am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren.

Zinsswaps werden zur Steuerung des sich aus dem Zinsbuch aller zinstragenden Aktiva und Passiva ergebenden allgemeinen Zinsänderungsrisikos eingesetzt.

Devisentermingeschäfte werden mit Kunden zur Deckung deren Bedarfs abgeschlossen. Zu den Devisentermingeschäften werden grundsätzlich währungsgleiche, fristen- und betragskongruente Gegengeschäfte abgeschlossen, so dass hieraus offene Positionen in nennenswertem Umfang nicht entstehen.

Die Arten und der Umfang der derivativen Finanzinstrumente, bezogen auf die Nominalwerte der zu Grunde liegenden Referenzwerte sind in folgender Aufstellung zusammengestellt:

Derivative Finanzinstrumente	Nominalbeträge nach Restlaufzeiten			Nominalbeträge		
	bis 1 Jahr TEUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre TEUR	mehr als fünf Jahre TEUR	insgesamt TEUR	Geschäfte mit Kunden TEUR	Deckungsgeschäfte TEUR
Währungsrisiken						
Devisentermingeschäfte	22.064	-	-	22.064	11.058	11.006
Zinsrisiken						
Zinsswaps	-	6.000	30.000	36.000	-	36.000

Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente

Am Bilanzstichtag bestehen außerhalb des Handelsbestands in folgendem Umfang noch nicht abgewickelte und nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente:

Derivative Finanzinstrumente	Bilanzposten	Buchwerte TEUR	Beizulegende Zeitwerte	
			positiv TEUR	negativ TEUR
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	-	-	745	-691
Zinsrisiken				
Zinsswaps	-	-	-	-16.596

Die beizulegenden Zeitwerte der Devisentermingeschäfte wurden mit währungs- und laufzeitbezogenen Terminkursen ermittelt.

Der beizulegende Zeitwert der Zinsswaps wird über die Abzinsung der künftigen Zahlungen (Cashflows) fiktiver Gegengeschäfte (Glattstellungsfiktion) auf den Abschlussstichtag ermittelt (Discounted-Cashflow-Verfahren). Die Diskontierungsfaktoren werden den Zinsstrukturkurven am Markt gehandelter Swaps entnommen.

Die Zinsänderungsrisiken messen wir durch die Ermittlung der Auswirkungen von Marktzinsänderungen auf den Vermögenswert aller zinstragenden Aktiv- und Passivpositionen (Zinsbuch) über die Abzinsung aller innerhalb der jeweiligen Restlaufzeit liegenden Zahlungen (Cashflows). Diese werden mit der der jeweiligen Laufzeit entsprechenden aktuellen Rendite abgezinst. Den negativen beizulegenden Zeitwerten der in das Zinsbuch einbezogenen Zinsswaps stehen nach unseren Berechnungen im Rahmen der Steuerung des Zinsänderungsrisikos entsprechend höhere Unterschiedsbeträge zwischen den ermittelten Vermögenswerten und den Bilanzwerten der zinstragenden Aktiv- und Passivposten gegenüber.

Nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen gemäß § 285 Nr. 3a HGB

Die Sparkasse Paderborn-Detmold ist aufgrund des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führende Versicherung bei einer Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie ist deshalb Mitglied der Kommunale Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe (kvw-Zusatzversorgung). Trägerin der kwv-Zusatzversorgung sind die Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kvw). Die kwv-Zusatzversorgung ist eine rechtlich unselbstständige aber finanziell eigenverantwortliche Sonderkasse der kwv.

Aufgabe der kwv-Zusatzversorgung ist es, den Beschäftigten ihrer Mitglieder neben der gesetzlichen Rente eine zusätzliche Versorgung im Alter, bei Erwerbsminderung und für die Hinterbliebenen zu gewähren. Die gezahlten Renten werden jeweils am 01.07. eines Jahres um 1,0 % angepasst.

Die Finanzierung der Leistungen der kwv-Zusatzversorgung erfolgt nach dem Abschnittsdeckungsverfahren. Die Höhe der Einzahlungen wird deshalb alle drei Jahre nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Dabei wird ein unendlicher Deckungsabschnitt in den Blick genommen, der es ermöglicht, die Entwicklung der Auszahlungsverpflichtungen langfristig abzuschätzen und die erforderlichen Umlage- und Sanierungsgeldeinnahmen zu ermitteln. Der Hebesatz beträgt im Jahr 2016 7,75 %. Die an die kwv-Zusatzversorgung geleisteten Zahlungen der Sparkasse betragen im Jahr 2016 TEUR 4.820.

Wenn ein Mitglied die kwv-Zusatzversorgung verlassen will, ist eine vom verantwortlichen Aktuar der Kasse nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Ausgleichszahlung für die bei der kwv-Zusatzversorgung verbleibenden Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Im Falle des Austritts der Sparkasse zum 31.12.2015 hätte die Ausgleichszahlung TEUR 183.925 betragen. Nach § 15a der Satzung der kwv-Zusatzversorgung entspricht die Ausgleichszahlung dem Barwert der zum Zeitpunkt der Beendigung der Mitgliedschaft bestehenden Verpflichtungen zuzüglich einer Verwaltungskostenpauschale von 2 % des Barwerts. Der Barwert ist auf der Grundlage des zum Zeitpunkt der Beendigung der Mitgliedschaft gültigen Höchstrechnungszinsens gemäß § 2 Abs. 1 der Deckungsrückstellungsverordnung zu ermitteln, höchstens mit einem Zinssatz von 2,75 %. Dieser beträgt derzeit 1,25 %. Weitere Einzelheiten zur Ermittlung des Ausgleichsbetrags (z.B. biometrische Grundlagen im Einzelnen, Berücksichtigung von Rentenanpassungen und Hinterbliebenenversorgung) regeln die „Durchführungsvorschriften zu §§ 15a und 15b kwv-Satzung“. Eine Angabe zu einer möglichen Ausgleichszahlung zum 31.12.2016 kann von der kwv-Zusatzversorgung erst im dritten Quartal 2017 gemacht werden, da die entsprechenden versicherungsmathematischen Berechnungen zur Ermittlung des Ausgleichsbetrages erst durchgeführt werden können, wenn alle Jahresmeldungen der Mitglieder vorliegen und verarbeitet sind.

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund.

Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung.

Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe, das von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt ist, besteht aus:

1. Freiwillige Institutssicherung

Primäre Zielsetzung des Sicherungssystems ist es, die angehörnden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden. Auf diese Weise soll ein Entschädigungsfall vermieden und die Geschäftsbeziehung zum Kunden dauerhaft und ohne Einschränkung fortgeführt werden.

2. Gesetzliche Einlagensicherung

Das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe ist als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. In der gesetzlichen Einlagensicherung haben die Kunden gegen das Sicherungssystem neben bestimmten Sonderfällen einen Anspruch auf Erstattung ihrer Einlagen bis zu TEUR 100. Dieser gesetzliche Entschädigungsfall ist jedoch eine reine Rückfalllösung für den Fall, dass die freiwillige Institutssicherung ausnahmsweise einmal nicht greifen sollte.

Die Sparkasse ist nach § 48 Abs. 2 Nr. 5 EinSiG verpflichtet, gegenüber dem SVWL und dem DSGVO als Träger des als Einlagensicherungssystem anerkannten institutsbezogenen Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe zu garantieren, dass die Jahres- und Sonderbeiträge sowie die Sonderzahlung geleistet werden.

Für die Sparkasse beträgt das bis zum Jahr 2024 aufzubringende Zielvolumen TEUR 15.701. Bis zum 31.12.2016 wurden TEUR 5.849 eingezahlt.

Das EinSiG lässt zu, dass bis zu 30 % der Zielausstattung der Sicherungssysteme in Form von unwiderruflichen Zahlungsverpflichtungen (Payment Commitments) aufgebracht werden können. Von dieser Möglichkeit hat die Sparkasse in Höhe von TEUR 356 Gebrauch gemacht. Die Payment Commitments sind vollständig durch Finanzsicherheiten unterlegt.

Auf der Grundlage des verbindlichen Protokolls vom 24.11.2009 wurde mit Statut vom 11.12.2009 zur weiteren Stabilisierung der ehemaligen WestLB AG, Düsseldorf, die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichtet. Der Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, ist entsprechend seinem Anteil an der EAA von 25,03 % verpflichtet, liquiditätswirksame Verluste der EAA, die nicht durch das Eigenkapital der EAA ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von EUR 2,25 Mrd. zu übernehmen. Indirekt besteht für die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Verband eine aus künftigen Gewinnen zu erfüllende Verpflichtung, die nicht zu einer Belastung des am Bilanzstichtag vorhandenen Vermögens führt. Daher ist zum Bilanzstichtag eine Rückstellung nicht zu bilden.

Für die mit der Auslagerung des Portfolios der ehemaligen WestLB AG auf die EAA verbundene indirekte Verlustausgleichspflicht wird die Sparkasse beginnend mit dem Jahr 2010 in einem Zeitraum von 25 Jahren Beträge aus künftigen Gewinnen bis zu einer Gesamthöhe von EUR 117,5 Mio. im Sonderposten Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB ansparen (Gesamtbetrag zum 31.12.2016 EUR 28,3 Mio.).

Nach Ablauf von 7 Jahren fand unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Danach liegen die in den Verträgen mit dem Land Nordrhein-Westfalen vereinbarten Voraussetzungen zur Aussetzung der weiteren Dotierung der Ansparrücklage vor. Die Sparkasse hat im Jahr 2016 von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Dotierung der Ansparrücklage auszusetzen. Sofern künftig aufgrund der Verpflichtung eine Inanspruchnahme droht, wird die Sparkasse in entsprechender Höhe eine Rückstellung bilden.

Die Sparkasse ist nach § 32 SpkG des Landes Nordrhein-Westfalen Mitglied des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe (SVWL). Der Anteil der Sparkasse am Stammkapital des Verbands beträgt zum Bilanzstichtag 5,462 %. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat die Aufgabe, das Sparkassenwesen bei den Mitgliedssparkassen zu fördern, Prüfungen bei den Mitgliedssparkassen durchzuführen und die Aufsichtsbehörde gutachterlich zu beraten. Zu diesem Zweck werden auch Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Finanzsektors gehalten. Für die Verbindlichkeiten und sonstigen Verpflichtungen des Verbandes haften sämtliche Mitgliedssparkassen. Der Verband erhebt nach § 23 der Satzung des Verbands eine Umlage von den Mitgliedssparkassen, soweit seine sonstigen Einnahmen die Geschäftskosten nicht decken.

Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechneten Gesamthonorars gemäß § 285 Nr. 17 HGB

Art der Leistung	TEUR
Abschlussprüferleistungen	365
andere Bestätigungsleistungen	29
Gesamtbetrag	394

Bezüge und Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands

Für die Verträge mit den Mitgliedern des Vorstands ist der Verwaltungsrat zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassenverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Neben den festen Bezügen (Grundgehalt und Allgemeine Zulage von 15 %) kann den Mitgliedern des Vorstands als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15 % des Grundgehalts gewährt werden. Über die Gewährung der Leistungszulage und deren Höhe beschließt der Verwaltungsrat jährlich nach Feststellung des Jahresabschlusses. Dabei werden auch das Erreichen des Unternehmenszwecks und die Ausübung des öffentlichen Auftrags berücksichtigt. Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind nicht enthalten. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Vorstand	Grundbetrag und allgemeine Zulage TEUR	Leistungs- zulage TEUR	Sonstige Vergütung TEUR	Gesamt- vergütung TEUR
Laven, Hans - Vorsitzender	483	37	15	535
Paas, Arnd - Mitglied	439	34	12	485
Böddeker, Hubert - Mitglied	439	34	15	488
Trotz, Andreas - Mitglied	439	34	13	486
Summe	1.800	139	55	1.994

Die sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen.

Im Falle einer Nichtverlängerung des Dienstvertrages haben Herr Laven, Herr Paas und Herr Böddeker Anspruch auf eine Ruhegehaltszahlung mit ihrem Ausscheiden, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihnen zu vertreten ist. Der Anspruch von Herrn Laven beträgt seit dem 16.04.2011 55 %, der Anspruch von Herrn Paas seit dem 01.01.2012 40 % und der von Herrn Böddeker seit dem 01.04.2013 50 % der festen Bezüge. Herr Trotz steht bis 31.03.2017 bei einer Nichtverlängerung des Dienstvertrages eine einmalige Abfindung in Höhe eines Jahresgrundbetrages zu. Bei einer regulären Beendigung der Tätigkeit haben die im Geschäftsjahr tätigen Mitglieder des Vorstands Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen in Höhe von 55 % der festen Bezüge. Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Vorstand	Im Jahr 2016 der Pensions- rückstellung zugeführt bzw. aufgelöst TEUR	Barwert der Pensions- ansprüche zum 31.12.2016 TEUR
Laven, Hans	-26	4.481
Paas, Arnd	183	3.251
Böddeker, Hubert	-233	4.012
Trotz, Andreas	136	3.268
Summe	60	15.012

Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrats

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats, des Risikoausschusses sowie des Bilanzprüfungsausschusses (jeweils einschließlich beratender Teilnehmer) der Sparkasse wird ein Sitzungsgeld von EUR 500 (bis 30.09.2016 EUR 400) je Sitzung gezahlt (inkl. Fahrtkosten); die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag. Für Arbeitskreise des Verwaltungsrates wird den Teilnehmern eine Aufwandsentschädigung von jeweils EUR 250 (bis 30.09.2016 EUR 200) je Sitzung gezahlt; der Vorsitzende erhielt jeweils den doppelten Betrag. Erfolgsbezogene Anteile, Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sowie Ansprüche bei vorzeitiger oder regulärer Beendigung der Tätigkeit bestehen nicht.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2016 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder der zuvor genannten Gremien:

Verwaltungsrat

ordentliche VR- Mitglieder	TEUR	stellvertretende VR-Mitglieder	TEUR
Bauerkämper, Jürgen	5,6	Astler, Michael	0,4
Bekiersch, Oliver	4,1	Brinkmann, Hans	0,4
Bönigk, Hubertus	2,9	Budde, Holger	-
Dette, Thomas	6,1	Bürger, Markus	-
Dreier, Michael	6,1	Dinkelmann, Bernhard	-
Friedrich, Hardy	5,0	Friedrich, Rainer	-
Giesche, Manfred	5,4	Gräwe, Andreas	-
Grigat, Stephan	5,0	Dr. Groeger, Bernd	-
Hadaschik, Dr. Michael	3,5	Grothe, Antonius	-
Heller, Rainer	6,1	Haarmann, Kerstin	-
Hofste, Hans	2,9	Henze, Franz-Josef	-
Höschchen, Hartwig	4,4	Hilker, Frank	-
Huchtman, Elke (ab 01.04.2016)	2,1	Huchtman, Elke (bis 31.03.2016)	-
Hülsiggensen, Lars	4,2	Ilemann, Moritz	-
Hylla, Dirk	2,9	Kaup, Hans-Martin	-
Kalkreuter, Kurt	3,7	Kirchhof, Erhard	-
Kaup, Friedhelm	3,3	Koke, Martin (bis 20.05.2016)	-
Koch, Ulrich	5,0	Köster, Gunda	0,4
Kottmann, Ilka	2,9	Lippmann, Cornelia	-
Krüger, Jürgen	1,6	Lohr, Oliver	-
Lehmann, Dr. Axel	6,5	Mattke, Mirko	-
Loke, Werner	5,5	Mommert, Christof	-
Matz, Harald	6,1	Neisens, Udo	0,4
Mertens, Markus	5,7	Pirsig, Ralf	-
Müller, Manfred	11,3	Pollmann, Stephanie	1,3
Mürköster, Silke	4,4	Prott, Roland	-
Pohl, Uwe	5,0	Pucker, Marco	-
Pohlmeier, Günther	2,9	Rodewald-Töille, Jobst-Dieter	-
Rücker, Jörg	2,9	Rosenkranz, Dietmar (ab 01.04.2016)	-
Schäfer, Bernd	5,0	Schäfer, Frank (bis 30.06.2016)	-
Schön, Christoph	5,3	Schäfers, Reinhard	-
Schröder, Dr. Klaus	2,9	Schulze-Waltrup, Bernd	0,4
Schumacher, Hans (bis 31.03.2016)	1,8	Thelaner, Jörg	-
Schulze-Stieler, Horst	2,9	Vockel-Mitrevski, Gabriele	-
Tewes, Claudia	3,0	Volk, Marc Daniel (ab 08.12.2016)	-
Vogt, Manfred	4,9	Werth, Stefan	-
Wedel, Uwe	5,4	Wiegand, Achim	0,5
Summe VR- Mitglieder:	164,3	Summe Stellvertreter:	3,8

Pensionsrückstellungen und -zahlungen für bzw. an frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene

An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden TEUR 2.198 gezahlt; die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis betragen am 31.12.2016 TEUR 32.063.

Vorschüsse und Kreditgewährungen an den Vorstand und den Verwaltungsrat

Die Sparkasse hatte Mitgliedern des Vorstands zum 31.12.2016 Kredite in Höhe von TEUR 484 und Mitgliedern des Verwaltungsrats in Höhe von TEUR 5.963 gewährt.

Mitarbeiter/innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2016	2015
Vollzeitkräfte	837	841
Teilzeit- und Ultimokräfte	404	396
	1.241	1.237
Auszubildende	131	159
Insgesamt	1.372	1.396

Pfandbriefgeschäft

Die Sparkasse Paderborn-Detmold hatte im Geschäftsjahr 2011 vier Pfandbriefe nach den Vorschriften des Gesetzes zur Neuordnung des Pfandbriefrechts (Pfandbriefgesetz - PfandBG) emittiert. Die regelmäßigen Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch Veröffentlichung über unsere Homepage im Internet über www.sparkasse-paderborn-detmold.de erfüllt.

Darstellung zum 31.12.2016

Umlauf der öffentlichen Pfandbriefe und Deckungsmassen gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG:

	31.12.2016	31.12.2015
	Nennwert TEUR	Nennwert TEUR
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen öffentlichen Pfandbriefe	16.000	16.000
Deckungsmasse	25.651	28.107
- davon gattungsklassische Deckungswerte	23.651	26.107
- davon sonstige Deckungswerte	2.000	2.000
Überdeckung	9.651	12.107

	31.12.2016			31.12.2015		
	Barwert TEUR	Risiko- barwert* (Stresstest: +250 Basis- punkte) TEUR	Risiko- barwert* (Stresstest: -250 Basis- punkte) TEUR	Barwert TEUR	Risiko- barwert* (Stresstest: +250 Basis- punkte) TEUR	Risiko- barwert* (Stresstest: -250 Basis- punkte) TEUR
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen öffentlichen Pfandbriefe	18.858	17.152	18.848	19.124	17.040	19.432
Deckungsmasse	29.768	25.885	30.730	32.194	27.962	33.978
- davon gattungsklassische Deckungswerte	27.561	23.955	28.505	30.010	26.093	31.715
- davon sonstige Deckungswerte	2.207	1.930	2.225	2.184	1.869	2.263
Überdeckung	10.910	8.733	11.882	13.070	10.922	14.546
Sichernde Überdeckung gem. § 4 Abs. 1 PfandBG	11,71 %			11,42 %		

*Risikobarwert: Ermittlung gemäß statischem Verfahren gemäß Pfandbrief-Barwertverordnung (PfandBarwertV)

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate und Fremdwährungspositionen.

Verteilung von öffentlichen Pfandbriefen im Umlauf und Deckungsmasse nach Laufzeitstruktur bzw. Zinsbindungsfristen gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG (in TEUR):

Laufzeit bzw. Zinsbindungsfrist	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	TEUR			
bis 6 Monate	-	-	526	1.172
über 6 Monate bis 12 Monate	-	-	161	1.517
über 12 Monate bis 18 Monate	-	-	-	569
über 18 Monate bis 2 Jahre	1.000	-	48	213
über 2 Jahre bis 3 Jahre	-	1.000	2.198	76
über 3 Jahre bis 4 Jahre	-	-	5.243	2.269
über 4 Jahre bis 5 Jahre	15.000	-	4.734	5.366
über 5 Jahre bis 10 Jahre	-	15.000	5.675	9.540
über 10 Jahre	-	-	7.068	7.386

Weitere Angaben nach § 28 PfandBG:

	31.12.2016	31.12.2015
Prozentualer Anteil festverzinslicher Deckungswerte (§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG)	100 %	100 %
Prozentualer Anteil festverzinslicher Pfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG)	100 %	100 %

Rückständige Leistungen gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Ergänzend zur Formblattbilanz ergeben sich folgende Angaben für das Pfandbriefgeschäft:

Aktivseite	31.12.2016	31.12.2015
	TEUR	TEUR
3. Forderungen an Kreditinstitute	471.079	206.377
a) Hypothekendarlehen	-	-
b) Kommunaldarlehen	-	-
c) andere Forderungen	471.079	206.377
darunter:		
- täglich fällig	264.623	60.218
- gegen Beleihung von Wertpapieren	-	-
4. Forderungen an Kunden	4.820.547	4.722.748
a) Hypothekendarlehen	2.320.505	2.318.817
b) Kommunaldarlehen	277.015	302.956
c) andere Forderungen	2.223.027	2.100.975
darunter:		
- täglich fällig	29.102	135.944
- gegen Beleihung von Wertpapieren	-	-
14. Rechnungsabgrenzungsposten	946	1.506
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	860	1.411
b) andere	86	95

Passivseite	31.12.2016	31.12.2015
	TEUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	766.127	733.326
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	-	-
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	-	-
c) andere Verbindlichkeiten	766.127	733.326
darunter:		
- täglich fällig	25	28
- zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	-	-
- und öffentliche Namenspfandbriefe	-	-
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5.083.281	4.815.573
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	-	-
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	16.000	16.000
c) Spareinlagen	2.059.031	2.060.263
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.885.195	1.845.879
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	173.837	214.384
d) andere Verbindlichkeiten	3.008.250	2.739.310
darunter:		
- täglich fällig	2.825.691	2.500.533
- zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	-	-
- und öffentliche Namenspfandbriefe	-	-
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	351	864
a) begebene Schuldverschreibungen	351	864
aa) Hypothekenspfandbriefe	-	-
ab) öffentliche Pfandbriefe	-	-
ac) sonstige Schuldverschreibungen	351	864
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten	-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-	-
6. Rechnungsabgrenzungsposten	1.679	2.316
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	1.562	2.176
b) andere	117	140

Nachtragsbericht gemäß § 285 Nr. 33 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahrs sind nicht eingetreten.

Verwaltungsrat

Mitglieder

Müller, Manfred
Landrat des Kreises Paderborn
- vorsitzendes Mitglied -

Heller, Rainer
Bürgermeister der Stadt Detmold
- 1. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds -

Vogt, Manfred
Hausmann
- 2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds -

Grigat, Stephan
Rechtsanwalt, selbstständig

Dr. Lehmann, Axel
Landrat des Kreises Lippe

Kalkreuter, Kurt
Oberstudienrat i.R.

Kottmann, Ilka
Lehrerin (Abendgymnasium)

Loke, Werner
selbstständiger Unternehmer
(Holz- und Bautenschutz)

Dr. Hadaschik, Michael
Dipl.-Kaufmann,
Leiter einer Konzernrevision i. R.
selbstständiger Berater für Risikomanagement

Höschchen, Hartwig
Dipl.-Kaufmann (FH), wissenschaftlicher
Mitarbeiter und Büroleiter eines
Landtagsabgeordneten

Stellvertretende Mitglieder

Hilker, Frank
1. Beigeordneter & Kämmerer der Stadt
Detmold

Wiegand, Achim
Beamter i. R. (Deutsche Telekom)

Brinkmann, Hans
selbstständiger Immobilienkaufmann

Schäfer, Frank (bis 30.06.2016)
Kämmerer des Kreises Lippe

Volk, Marc-Daniel (ab 08.12.2016)
Rechtsanwalt, selbstständig

Dr. Groeger, Bernd
Technologieberater eines eingetragenen
Vereins

Grothe, Antonius
Dipl. Pädagoge, Leiter einer Kinder- und
Jugendeinrichtung – Freistellungsphase
Altersteilzeit

Ilemann, Moritz
Lehrer i. R.

Koke, Martin (bis 20.05.2016)
Unternehmer, Werkzeuginstandsetzung

N.N. (ab 21.05.2016)

Werth, Stefan
Dipl.-Kaufmann & Dipl.-Handelslehrer
Lehrer (Berufskolleg)

Mitglieder

Kaup, Friedhelm
Kreisverwaltungsdirektor i. R.

Schäfer, Bernd
Justizvollzugsbeamter i. R.

Schön, Christoph
Verwaltungsdirektor, Leiter der Stabsstelle
Präsidium einer Hochschule

Schulze-Stieler, Horst
Geschäftsführer einer politischen Partei
i. R.

Friedrich, Hardy
Fachwirt, kaufm. Angestellter im
Gesundheitswesen

Matz, Harald
Dipl.-Finanzwirt i. R.

Wedel, Uwe
Hauptmann a. D.

Pohl, Uwe
Lehrer (Gesamtschule)

Hofste, Hans
Dipl.-Geograph im öffentlichen Dienst

Giesche, Manfred
kaufmännischer Angestellter i. R.

Dreier, Michael
Bürgermeister der Stadt Paderborn

Koch, Ulrich
Beamter Deutsche Bahn AG

Mertens, Markus
Geschäftsführer einer PR-Agentur

Dr. Schröder, Klaus
Dipl.-Informatiker,
Berater in einem IT-Unternehmen

Stellvertretende Mitglieder

Lohr, Oliver
juristischer Referent eines eingetragenen
Vereins

Köster, Gunda
Dipl. Sozialarbeiterin eines Hospizvereins

Schulze-Waltrup, Bernd
Verkehrsplaner einer kommunalen Gesell-
schaft

Haarmann, Kerstin
selbstständige Unternehmensberaterin

Rodewald-Tölle, Jobst-Dieter
Dipl.-Ing., leitender Mitarbeiter eines
Anlagenbauunternehmens

Friedrich, Rainer
Dipl.-Sozialpädagoge im öffentlichen
Dienst

Thelaner, Jörg
Polizeibeamter

Kirchhof, Erhard
Oberstudiendirektor (Gymnasium)

Kaup, Hans-Martin
Fotograf i. R.

Dinkelmann, Bernhard
Arbeitstherapeut i. R.

Bürger, Markus
Rechtsanwalt, selbstständig

Henze, Franz-Josef
Dipl.-Ing. Elektrotechnik, Angestellter im
öffentlichen Dienst

Budde, Holger
Rechtsanwalt, selbstständig

Pirsig, Ralf
Dipl.-Pädagoge, Lehrkraft an Fachschulen
für Gesundheitsfachberufe

Mitglieder

Bauerkämper, Jürgen
Sparkassenangestellter

Bekiersch, Oliver
Sparkassenangestellter

Bönigk, Hubertus
Sparkassenangestellter

Dette, Thomas
Sparkassenangestellter

Hülsiggensen, Lars
Sparkassenangestellter

Hylla, Dirk
Sparkassenangestellter

Krüger, Jürgen
Sparkassenangestellter

Mürköster, Silke
Sparkassenangestellte

Pohlmeier, Günther
Sparkassenangestellter

Rücker, Jörg
Sparkassenangestellter

Schumacher, Hans (bis 31.03.2016)
Sparkassenangestellter

Huchtman, Elke (ab 01.04.2016)
Sparkassenangestellte

Tewes, Claudia
Sparkassenangestellte

Stellvertretende Mitglieder

Vockel-Mitrevski, Gabriele
Sparkassenangestellte

Gräwe, Andreas
Sparkassenangestellter

Mattke, Mirko
Sparkassenangestellter

Huchtman, Elke (bis 31.03.2016)
Sparkassenangestellte

Rosenkranz, Dietmar (ab 01.04.2016)
Sparkassenangestellter

Prott, Roland
Sparkassenangestellter

Schäfers, Reinhard
Sparkassenangestellter

Pollmann, Stephanie
Sparkassenangestellte

Astler, Michael
Sparkassenangestellter

Lippmann, Cornelia
Sparkassenangestellte

Mommert, Christof
Sparkassenangestellter

Pucker, Marco
Sparkassenangestellter

Neisens, Udo
Sparkassenangestellter

Beratende Teilnahme

Rother, Stefan
Bürgermeister der Stadt Horn-Bad Mein-
berg

Hülsenbeck, Klaus
Bürgermeister der Stadt Marsberg

Liebrecht, Christian
Bürgermeister der Stadt Lage

Schell, Jürgen
Bürgermeister der Stadt Barntrop

Vorstand der Sparkasse Paderborn-Detmold

Laven, Hans	Vorsitzender
Paas, Arnd	Mitglied
Böddeker, Hubert	Mitglied
Trotz, Andreas	Mitglied

Detmold, den 21. März 2017

Sparkasse Paderborn-Detmold Der Vorstand

Laven	Paas	Böddeker	Trotz
Sparkassendirektor	Sparkassendirektor	Sparkassendirektor	Sparkassendirektor

Anlage Anlagespiegel

	Entwicklung des Finanzanlagevermögens (Angaben in TEUR)			
	Schuldver- schreibungen und andere fest- verzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligun- gen	Anteile an verbundenen Unternehmen
Veränderungen saldiert *	---	---	546	---
Buchwerte				
Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	---	---	110.464	148
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	---	---	111.010	148

* Es wurde von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV Gebrauch gemacht.

	Entwicklung des Sachanlagevermögens (Angaben in TEUR)		
	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen	Sonstige Vermögens- gegenstände
Entwicklung der Anschaffungs- /Herstellungskosten			
Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	3.464	177.300	61
Zugänge	124	6.148	---
Abgänge	---	1.523	---
Umbuchungen	---	---	---
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	3.588	181.925	61
Entwicklung der kumulierten Abschreibun- gen			
Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	3.135	124.239	---
Abschreibungen im Geschäftsjahr	163	6.050	---
Zuschreibungen im Geschäftsjahr	---	---	---
Änderung der gesamten Abschreibungen			
im Zusammenhang mit Zugängen	---	---	---
im Zusammenhang mit Abgängen	---	1.515	---
im Zusammenhang mit Umbuchungen	---	---	---
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	3.298	128.774	---
Buchwerte			
Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	329	53.060	61
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	290	53.151	61

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG

zum 31. Dezember 2016

("Länderspezifische Berichterstattung")

Die Sparkasse Paderborn-Detmold hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparkasse Paderborn-Detmold besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparkasse Paderborn-Detmold definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2016 TEUR 193.700.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt im Jahresdurchschnitt 1.206.

Der Gewinn vor Steuern beträgt TEUR 43.002.

Unter Berücksichtigung der Steuern vom Einkommen und Ertrag von TEUR 24.508 sowie der Sonstigen Steuern von TEUR 243 ergibt sich ein Nettogewinn von TEUR 18.251. Die Steuern betreffen laufende Steuern.

Die Sparkasse Paderborn-Detmold hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkasse Paderborn-Detmold für das Geschäftsjahr vom 01.01.2016 bis 31.12.2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Münster, 06.04.2017

Sparkassenverband Westfalen-Lippe
Prüfungsstelle

Wagner
Wirtschaftsprüfer

Lange
Wirtschaftsprüferin

Bericht des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat ist vom Vorstand regelmäßig und zeitnah über die Eckdaten der Geschäftsentwicklung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Sparkasse informiert worden. Aufgabengemäß hat der Verwaltungsrat die Führung der Geschäfte der Sparkasse überwacht und in regelmäßigen Sitzungen u. a. die gesetzlich vorgeschriebenen Beschlüsse gefasst.

Die Prüfungsstelle des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe hat die Buchführung, den Jahresabschluss und den Lagebericht des Jahres 2016 geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Über das Ergebnis der Prüfung wurde dem Bilanzprüfungsausschuss und dem Verwaltungsrat ausführlich berichtet.

Der Verwaltungsrat hat daher den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 in geprüfter Fassung festgestellt und den Lagebericht gebilligt. Für die geleistete Arbeit im Berichtsjahr spricht der Verwaltungsrat dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank und Anerkennung aus.

Detmold, 03. Mai 2017

Der Verwaltungsrat

Manfred Müller

Landrat des Kreises Paderborn
Vorsitzender

Rainer Heller

Bürgermeister der Stadt Detmold
Stellvertretender Vorsitzender